

Pol. civ.

138

mm

Sal. Civ.

138 rm

Lichart

<36619521580018

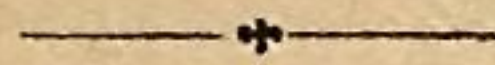
<36619521580018 

Bayer. Staatsbibliothek

Ueber

Rückfälligkeit der Verbrecher

und über die Mittel zu deren Bekämpfung.



Ansichten und Erfahrungen eines Praktikers

über

**Strafgesetzgebung, Straf-Rechtspflege und
Strafvollzug.**

Pro veritate.

Von

ERNST SICHART,

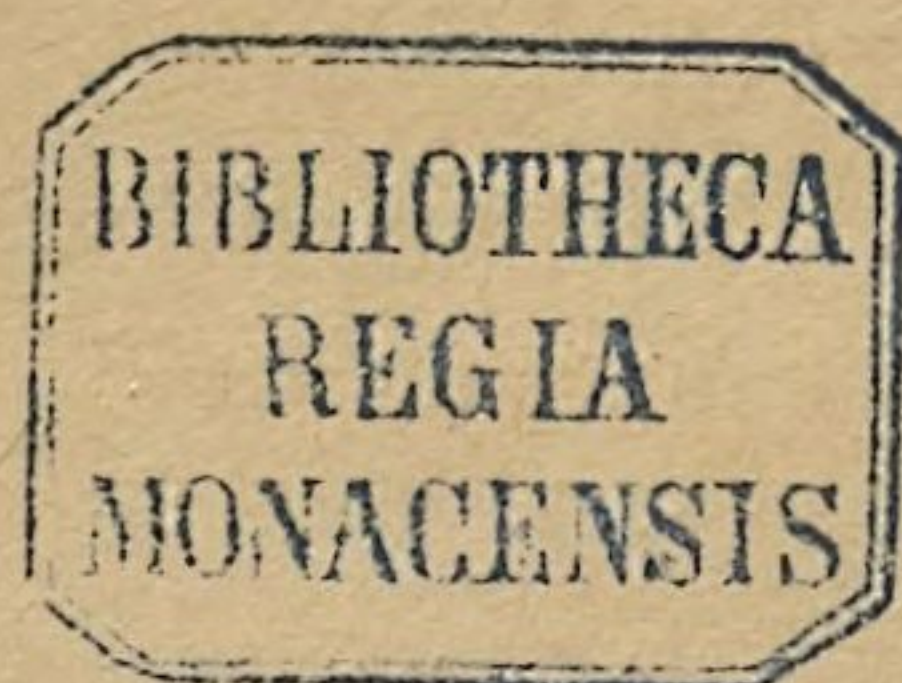
Strafanstalts-Director.



Heidelberg.

Georg Weiss, Verlagsbuchhandlung.

1881.



Vorwort.

Dass die Zahl der Vergehen und Verbrechen seit etwa einem Jahrzehent in auffallender Zunahme begriffen ist, muss leider als eine durch die Kriminal-Statistik fast aller deutscher Länder zur Evidenz nachgewiesene Thatsache anerkannt werden.

So deutlich und unverkennbar die Anzeichen sittlicher Erkrankung unseres Volkes vorliegen, eben so unsicher bewegt sich zur Zeit noch das Urtheil über die äusseren Veranlassungen der betrübenden Erscheinung.

In der Gegenwart ist ein klarer Einblick in die massgebenden Verhältnisse durch das Wogen des auf fast allen Interessengebieten entbrannten Kampfes in hohem Grade erschwert und fast unmöglich gemacht; eine vorurtheilsfreie und zugleich erschöpfende Beantwortung unserer Frage lässt sich erst von einer ruhigeren und friedlicheren Zukunft erwarten.

Bei oberflächlicher Beobachtung des in Rede stehenden Verhältnisses könnte man Trost und Beruhigung aus der Erfahrung schöpfen, dass Krankheitszustände in gleich grossem oder noch grösserem Umfange, wie in unsern Tagen, sich am Volkskörper schon öfter gezeigt und im Laufe der Jahre sich wieder gebessert haben. So stieg z. B. in Württemberg die jährliche Mittelzahl der Gefangenen in den höheren gerichtlichen Strafanstalten von 1848/49 bis 1854/55 von 1558 bis

auf 3208 Köpfe; bis 1865/66 sank die Gefangenen-Bevölkerung von Jahr zu Jahr und erreichte im genannten Jahre den niederen Stand von 1294 Köpfen, hob sich von da an nur wenig und sank 1871/72 herab bis auf 1275 Gefangene; von da an zeigt sich ein rasches Anwachsen, so dass 1878/79 ein mittlerer Stand von 2054 Köpfen zu verzeichnen war.

Wer aber das Krankheitsbild sich genauer betrachtet, dem drängt sich die peinliche Wahrnehmung auf, dass das Uebel seit einer Reihe von Jahren nicht bloß an Ausdehnung, sondern insbesondere auch an Intensität zugenommen hat. Die Zahl der ernstlich erkrankten und voraussichtlich nicht mehr gesundenden Theile hat sich in auffälliger Weise gemehrt, die Ansteckungsgefahr für noch nicht ergriffene Theile wird immer grösser, und darin liegt das Bedrohliche und Ängstigende der dermaligen Lage. Mit anderen Worten: der gefährliche Charakter des Zustandes liegt in der Mehrung der Rückfälle, im Wachsen des habituellen Verbrecherthums.

Wir gehen nicht so weit, mit Dr. Mittelstädt zu sagen, dass jeder Rückfall eines entlassenen Sträflings eine lebendige Anklage gegen das Gefängniss ist. Aber das lässt sich nicht in Abrede ziehen, dass die Rückfallsziffer, das Verhältniss der wiederholt bestraften Verbrecher zu der Gesamtzahl der Verurtheilten, als ein Massstab der bessernenden Macht der Bestrafung gelten kann.

Welche Gründe beeinträchtigen die Wirksamkeit des Strafgesetzes und seiner Anwendung, und wie kann sein Einfluss und sein Ansehen wieder hergestellt werden? — diese Frage ist es, welche Angesichts der geschilderten Gefahr zur schleunigen und gründlichen Lösung drängt.

An dieser Aufgabe sich zu betheiligen, halte ich für die Pflicht eines Jeden, welchen Stand und Beruf, Erfahrung und Kenntnisse hiezu befähigen.

Diese Erwägung ist es, welche mich bestimmt, die nachstehend mitgetheilten Untersuchungen anzustellen und diese nebst angefügten Besserungsvorschlägen der Öffentlichkeit zu übergeben.

Was den letzteren immerhin einigen Werth verleihen und sie der Beachtung massgebender Kreise empfehlen dürfte, ist der Umstand, dass die Anschauungen des Verfassers das Ergebniss unmittelbarer Beobachtung und sorgfältiger Prüfung sind, wozu ihm durch 20jährige Ausübung des Gefängniss-Dienstes in einsamer wie in gemeinsamer Haft reichliche Gelegenheit geboten war.

Möge die gute Absicht des Verfassers, der Sache des Strafvollzuges und damit dem gemeinen Besten einen Dienst zu erweisen, seiner Schrift zu freundlicher Empfehlung gereichen!

Ludwigsburg, im März 1881.

Der Verfasser.

I.

„Im Ganzen mehrt sich die Zahl der habituellen Verbrecher sichtlich.“ — Dieser Ausspruch des berühmten Moral-Statistikers von Oettingen veranlasste mich, seine Richtigkeit an den Verhältnissen des eigenen Heimathlandes zu prüfen.

Bei dem Mangel einer einheitlichen Gefängniss-Statistik für ganz Deutschland war ich zunächst auf die einschlägigen Verhältnisse, wie sie im engeren Vaterlande bestehen, hingewiesen.

Ich lasse nachstehend das Ergebniss meiner Untersuchungen folgen:

Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich hat bekanntlich in Württemberg mit 1. Januar 1872 Geltung erlangt. In der nachfolgenden Tabelle sind die Bevölkerungsverhältnisse der gerichtlichen Strafanstalten, wie solche in einem 6jährigen Zeitraum vor obigem Termine bestanden, und wie solche in einer eben so langen Periode nach jenem Tage sich gestaltet haben, dargestellt. Zur richtigen Beurtheilung der Zahlen ist zu bemerken, dass bis zum Jahre 1877 nur Freiheitsstrafen von 4 Wochen und von noch kürzerer Dauer in den Gerichtsgefängnissen, alle übrigen dagegen in den sog. gerichtlichen Strafanstalten (Zuchthäusern, Arbeitshäusern, Landesgefängnissen) vollzogen wurden. Seit 1877 ist die längste Dauer der in den Bezirksgefängnissen zu erstehenden Gefängnisstrafe auf 6 Wochen erhöht worden.

Als rückfällig sind in der württ. Strafanstalts-Statistik diejenigen Gefangenen gerechnet, welche bereits früher eine Landesgefängniss-, Festungs- oder höhere Strafe wegen eines gleichen oder verschiedenen Deliktes erstanden haben.

Die folgende Tafel soll das Verhältniss des Rückfalles zur Kriminalität im Allgemeinen zur Anschauung bringen.

Uebersicht der alljährlich eingelieferten Gefangenen						
Jahrgang	Gesamtzahl	Davon waren			Zahlenverhältniss der Rückfälligen zur Gesamtzahl pCt.	Zahlenverhältniss der Rückfälligen zu den erstmals Bestraften
		erstmal bestraft	rückfällig	zusammen		
1866/67	2091	1140	951	2091	45	1 : 1,20
1867/68	2195	1395	800	2195	36	1 : 1,74
1868/69	2152	1404	748	2152	34	1 : 1,87
1869/70	2416	1520	896	2416	37	1 : 1,70
1870/71	2317	1491	826	2317	36	1 : 1,80
1871/72	2146	1337	809	2146	38	1 : 1,65
1872/73	1947	1179	768	1947	39	1 : 1,54
1873/74	2183	1256	927	2183	42	1 : 1,35
1874/75	2342	1378	964	2342	41	1 : 1,43
1875/76	2553	1380	1173	2553	46	1 : 1,17
1876/77	3425	1997	1428	3425	44	1 : 1,39
1877/78	3125	1621	1504	3125	48	1 : 1,07

Die Zahl der jährlichen Einlieferungen ist sonach von 1866/67 bis 1877/78 von 2091 auf 3125, d. i. um 49% gestiegen; der Durchschnitt der jährlichen Zugänge v. 1866/67 bis 1871/72 incl. beträgt im Durchschnitte 2219, v. 1872/73 „ 1877/78 „ „ „ „ 2596 Köpfe.

Die Zahl der Rückfälligen, welche 1868/69 bis auf 748 zurückgegangen war, hob sich bis 1877/78 bis auf 1504; sonach Steigerung 101%. Die jährl. Mittelzahl der Rückfälligen beträgt für die Zeit

von 1866/67 bis 1871/72 incl. 838,

„ 1872/73 „ 1877/78 „ 1127 Köpfe.

Die Verhältnisszahl der Rückfälligen zu der Gesamtzahl der Verurtheilten ist in dem Zeitraum von 1868/69

bis 1877/78 von 34 auf 48 pCt. hinaufgegangen; dieselbe berechnet sich für die Zeit

von 1866/67 bis 1871/72 auf durchschnittl. 37%,

„ 1872/73 „ 1877/78 „ „ 43%.

Im Jahre 1868/69 trafen auf 100 Rückfällige 187 erstmals Bestrafte, i. J. 1877/78 sind die Zahlen der beiden Kategorien fast gleich, es kommen auf 100 wiederholt Bestrafte nur mehr 107 erstmals Abgeurtheilte. Als Durchschnitt ergibt sich für den Zeitraum von

1866/67 bis 1871/72 das Verh. v. 100 Rückf. auf 164 } erstmals
1872/73 „ 1877/78 „ „ „ 100 „ „ 130 } Bestrafte.

Um Vieles ungünstiger gestaltet sich das Verhältniss in den Zuchthäusern, in welchen ja gerade die zahlreichen Rückfallsstrafen wegen Diebstahls und Betrugs zur Verbüssung kommen.

Die Statistik des Männerzuchthauses Ludwigsburg, welche Anstalt meiner Leitung untersteht, liefert das nachstehende Ergebniss:

Uebersicht der alljährlich eingelieferten Gefangenen						
Jahrgang	Ge- samt- Zahl	erst- mals bestraft	rück- fällig	zusammen	Verhältniss der Rückfälligen zur Gesamt-Zahl pCt.	Verhältniss der Rückfälligen zu den erstm. Be- strafen
1866/67	455	186	269	455	51	1 : 0,69
1867/68	475	177	298	475	62	1 : 0,59
1868/69	458	166	292	458	63	1 : 0,56
1869/70	483	177	306	483	63	1 : 0,57
1870/71	441	171	270	441	61	1 : 0,63
1871/72	404	145	259	404	64	1 : 0,56
1872/73	353	108	245	353	69	1 : 0,44
1873/74	267	53	214	267	80	1 : 0,25
1874/75	318	74	244	318	76	1 : 0,30
1875/76	298	69	229	298	77	1 : 0,30
1876/77	369	93	276	369	74	1 : 0,33
1877/78	353	99	254	353	72	1 : 0,39

Ueber die Bestimmung hiesiger Strafanstalt ist noch anzufügen, dass dieselbe seit 1. Januar 1872 bis auf die allerjüngste Zeit zur Verbüßung von Zuchthausstrafen in der Dauer bis zu 5 Jahren diente; bis zu jenem Tage ward in ihr die Arbeitshaus-Strafe vollzogen, welche nach älterem Rechte von 4 Monaten bis zu 4 Jahren erkannt werden konnte.

Betrachten wir uns hienächst die Rückfalls-Ziffer auch noch in einigen anderen Ländern. Nach der Zeitschr. des preuss. stat. Bureau von 1864 S. 312 ff. befanden sich um jene Zeit unter den Zuchthausgefangenen des preuss. Staates etwas über 43% Rückfällige. Nach der Statistik der zum Ressort des preuss. Ministeriums des Innern gehörigen Strafanstalten war das Verhältniss der Rückfälligen in den Zuchthäusern

a) zu der Gesamtzahl der Zuchthausgefangenen;

1876/77 77,48 pCt.,

1877/78 77,08 pCt.,

1878/79 75,50 pCt.;

b) zu den neu zugegangenen:

1877/78 78,25 pCt.,

1878/79 76,44 pCt.

Auch die absolute Zahl der rückfälligen Zuchthausgefangenen Preussens hat sich in höchst auffallender Weise erhöht, wie die nachstehenden Zahlen beweisen. Es betrug der Zugang an solchen:

1875 : 6689,

1876 : 7520.

In den preuss. Gefängnissen waren

1877/78 13434,

1878/79 15790 wiederholt Bestrafte detinirt.

Auch in Schweden zeigt sich nach D'Olivecrona*)

*) K. d'Olivecrona. Des causes de la récidive et des moyens d'en restreindre les effets. Paris et Berlin 1873.

ein rasches Anwachsen der Recidiven. Die Ziffer der rückfälligen Diebe in den Gefängnissen betrug:

1859/60	10 ⁰ / ₀ ,
1861/62	12 ⁰ / ₀ ,
1863/64	13,5 ⁰ / ₀ ,
1865/66	14,5 ⁰ / ₀ ,
1867/68	18,5 ⁰ / ₀ ,
1869/70	20,5 ⁰ / ₀ .

Bei den Strafarbeiten überhaupt stiegen die Rückfälligen von 1867 bis 1870 von 26 auf 34⁰/₀.

Nachdem wir von dem Umfange der Recidivität im Allgemeinen ein allerdings sehr unerfreuliches Bild gewonnen haben, wollen wir die Erscheinung auch noch von einigen andern Seiten betrachten. Wir wählen zu diesem Zwecke wieder die Bevölkerung des Ludwigsburger Zuchthauses.

Vom 1. Januar 1872 bis 31. März 1880 wurden im Ganzen 2754 Zuchthausgefangene mit einer Strafzeit bis zu 5 Jahren neu eingeliefert. Diese Zahl der *Zugänge* und die Zahl der eingelieferten *Personen* decken sich um desswillen nicht, weil unter jenen sich Individuen befinden, welche das Verbrechen während des angegebenen Zeitraums zu verschiedenen Malen an den gleichen Strafplatz gebracht hat. Es betheiligten sich an obiger Zuwachsziffer von 2754 Köpfen 2261 Personen.

Von diesen sind 612 zum ersten Male bestraft, 1649 sind rückfällig gewesen.

Die Zahl der von den letzteren wegen Vergehen oder Verbrechen erstandenen Vorstrafen beträgt 6216, d. i. pro Kopf 3,7. Jeder Rückfällige befand sich sonach im Durchschnitte ungefähr zum fünften Male in der Strafanstalt.

Aus den bisher gewonnenen Zahlen lässt sich annähernd bestimmen, wie viele unserer gewohnheitsmässigen Gesetzesübertreter sich alljährlich auf's Neue Zuchthausstrafen in der Dauer von 1 bis 5 Jahren zuziehen.

Es berechnet sich aus obiger Zahl 1649 auf ein Jahr ein Zugang von 200 Individuen.

Dieser Zahl von Verurtheilungen entspricht jedoch keineswegs eine gleiche Zahl rechtswidriger Handlungen, welche jenen Verurtheilungen zu Grunde liegen; die Zahl der begangenen Verbrechen übersteigt vielmehr jene erstere Ziffer um ein Namhaftes. Um in dieser Hinsicht ziffermässige Anhaltspunkte zu gewinnen, habe ich die Urtheile über das erste Hundert von Fällen des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betruges und der Fälschung, endlich von Fleischesverbrechen, deren Urheber i. J. 1880/81 in hiesiges Zuchthaus eingeliefert wurden, einer Durchsicht unterzogen und gefunden, dass die 100 Eingelieferten schuldig befunden wurden, der Verübung von 118 Diebstählen und Unterschlagungen,

„ 176 Fälschungen und Betrügereien,

„ 33 unsittlichen Handlungen

Sa. 327 Vergehungen.

Sonach fallen einem Verurtheilten durchschnittlich 3,27 strafbare Handlungen zur Last, deren er sich seit seiner letzten Entlassung bis zur abermaligen Einlieferung schuldig gemacht hat.

Für 200 Individuen, deren Rückkehr in das Zuchthaus während eines Jahres wir nach den vorliegenden Erfahrungen mit grösster Sicherheit zu erwarten haben, berechnen sich dem Gesagten zufolge 654 Verbrechen obiger Art pro anno, zu deren Abwehr oder Verhinderung, wie später dargethan werden soll, der ehrlichen und gesitteten Gesellschaft bei dem dermaligen Stande unserer Gesetzgebung nahezu gar keine Mittel und Wege zu Gebote stehen.

Zum Schlusse dieses Kapitel lasse ich noch eine Darstellung darüber folgen, in welchem Verhältnisse die mit Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren bestraften Gesetzes-

brecher sich an den vorgekommenen Rückfällen betheilig haben.

Von 1649 Rückfälligen sind verurtheilt worden:

wegen Diebstahls und Hehlerei . . .	1246	oder 75 ⁰ / ₀ ,
„ Betrugs und Fälschung . . .	221	„ 13 ⁰ / ₀ ,
„ Unzucht, Nothzucht, Blutschande . . .	108	oder 6 ⁰ / ₀ ,
„ Raubs und Erpressung . . .	16	„ 1 ⁰ / ₀ ,
„ Brandstiftung u. Eigenthumszerstörung . . .	22	„ 2 ⁰ / ₀ ,
„ Meineides . . .	15	„ 1 ⁰ / ₀ ,
„ Körperverletzung . . .	7	„
„ Todschlags . . .	4	„
„ Widerstands . . .	4	„
„ verschiedener anderer Verbrechen . . .	6	„
Summa 1649.		

Innerhalb der einzelnen Kategorien von Verbrechen stellt sich das Verhältniss der Rückfälligen zu der Gesamtzahl der Verurtheilten wie folgt:

Es wurden verurtheilt				Es treffen sonach auf 1000 verur- theilte Rückfälle
wegen Verbrechens	im Ganzen	davon		
		zum 1. Mal	im Rückfall	
des Diebstahl und der Hehlerei	1448	202	1246	860
„ Betrugs und der Fälschung	298	77	221	741
der Unzucht, Nothzucht und Blutschande	278	170	108	389
des Raubes und der Erpressung	22	6	16	727
der Brandstiftung und Eigen- thumszerstörung	46	24	22	478

Der verbrecherische Hang oder die Macht, womit die Gesetzesübertreter am Verbrechen festgehalten werden, zeigt sich am stärksten bei den Verbrechen gegen das Eigenthum (Diebstahl, Betrug, Raub); bei den Fleischesverbrechen ist sie nicht halb so stark ausgeprägt.

Zum Schlusse dieser Abhandlung sei mir eine kurze Bemerkung gestattet. Ich bin mir recht wohl bewusst durch vorstehende Notizen nur einen sehr bescheidenen Beitrag zu der vielseitigen und umfangreichen Rückfall-Statistik geliefert zu haben. Immerhin aber dürfte das in allgemeinen Umrissen gezeichnete Bild trotz seines engen Rahmens geeignet sein, das Interesse für die zur Bekämpfung des Verbrechens dienenden Massnahmen und Einrichtungen in weitem Kreise zu wecken und rege zu erhalten.

Uebrigens schienen mir die vorausgeschickten Erhebungen nicht nur als natürlicher Ausgangspunkt für die nachfolgenden Ausführungen, sondern zugleich auch als taugliche Motive zu den daran geknüpften Verbesserungsvorschlägen.

II.

Im Allgemeinen wird der Rückfall oder die Wiederholung von Verbrechen auf die gleichen *Einflüsse* zurückzuführen sein, denen die erstmalige Verübung strafbarer Handlungen unterliegt.

Dieselben haben ihren letzten Grund im menschlichen Herzen; die nächste Veranlassung zum Verbrechen dagegen sind äussere Momente, insbesondere Lebensverhältnisse, welche dem Willen des Menschen Ziel und Richtung geben.

Unter den menschlichen Leidenschaften und Trieben, welche in ihrer Entartung das Verbrechen erzeugen, steht obenan der Erwerbstrieb, in seiner Ausschreitung als schnöder Egoismus sich äussernd. Zu seinem Gefolge gehören die verschiedenen Verbrechen gegen fremdes Eigenthum, als Diebstahl, Hehlerei, Betrug, Fälschung, Unterschlagung; auch die meisten Amtsverbrechen fliessen aus der gleichen Quelle.

Weiter nennen wir als bestimmte innere Gründe zu unsittlichen und verbrecherischen Handlungen den Geschlechtstrieb in seiner Ausartung, den Müssiggang, die Verschwendung, die Trunksucht, Rohheit, Grausamkeit, Jähzorn, Hass und Rachsucht.

In hohem Grade interessant, aber auch eben so schwierig wäre es, auf statistischem Wege mit Genauigkeit zu ermitteln, in welchem Masse sich die einzelnen Affecte an der Begehung strafbarer Handlungen betheiligen. „Eine Untersuchung der Häufigkeit aller dieser Motive“, sagt Haushofer*) „könnte zu einer Messung der Gewalt menschlicher Leidenschaften führen.“

Dass der fehlerhafte Erwerbstrieb grösseren Einfluss, als alle anderen Leidenschaften zusammen, auf die Begehung von Verbrechen äussert, beweisen die nachstehenden Zahlen:

Von 18260 Gefangenen, welche seit 1. Juli 1872 bis 31. März 1879 in die württ. Strafanstalten eingebracht wurden, hatten nicht weniger als 11162, d. i. 61 pCt. Strafen wegen Vergehen und Verbrechen gegen fremdes Eigenthum abzubüssen.

Von 2261 Gefangenen, welche vom 1. Januar 1872 bis 31. März 1880 dem meiner Leitung unterstellten Zuchthause zugeliefert worden sind, waren verurtheilt

wegen Diebstahls	1437,
„ Betrugs	201,
„ Fälschung	97,
„ Brandstiftung aus Eigennutz	45,
„ Raubes	19,
„ Hehlerei	11,
„ Erpressung	3,
Zusammen 1813 Personen oder 80 pCt.	

*) Haushofer, Lehr- und Handbuch der Statistik. Wien 1872.

Das gleiche Verhältniss berechnete sich 1878/79 für preussische Zuchthausgefangene; für Gefängniss-Sträflinge in Preussen stellte sich das Verhältniss der Vergehen aus Eigennutz zu den Vergehen aus anderen Motiven wie 62 : 38.

Die Zahl derjenigen Züchtlinge, welche während obigen Zeitraums dahier Strafe wegen Unzuchtsverbrechen zu erstehen hatten, war 279 oder 12 pCt.

Fragen wir weiter, in welchem Masse unsere Gefangenen mit anderen Fehlern, die man als die Anfänge und ersten Anzeichen des Verbrechens anzusehen gewohnt ist, behaftet sind, — ich meine die Arbeitsscheu, das Betteln, die Trunksucht u. s. f. —, so finden wir, dass von 1200 Gefangenen, die seit 1. Januar 1877 in hiesige Anstalt eingetreten sind, und über deren Lebensverhältnisse mir nähere Mittheilungen vorliegen,

542 dem Müssiggange,
204 dem Betteln und Streunen,
334 dem Trunke und
184 sexuellen Ausschreitungen

vor ihrer Verurtheilung ergeben waren.

Zu jenen äusseren Factoren, welche das Verbrechen mittelbar beeinflussen, indem sie den Anstoss zu den oben erwähnten Gemüthsregungen und zu deren fehlerhaften Ausschreitungen geben, sind vor Allem materielle Noth und schlechte oder vernachlässigte Erziehung zu rechnen.

Ich habe seit 1. Januar 1877 über diese Verhältnisse der seit jenem Zeitpunkte eingelieferten Gefangenen Erkundigungen eingezogen, deren bisheriges Ergebniss folgendes ist:

Von den 1200 Gefangenen, über welche mir Notizen vorliegen, sind

310 ausserehelich geboren, d. i. circa 26 % (das Verhältniss der ausserehelichen Geburten zu der Gesamtzahl der Geburten in Württemberg berechnete sich 1878 auf 8,¹ pCt.);

156 haben keine elterliche Erziehung genossen, sondern sind in fremder Pflege aufgewachsen;
352 stammen von schlechten, zum Theil selbst schon bestraften Eltern ab; nicht weniger als
1018, d. i. 85 pCt. sind gänzlich vermögenslos, meist unter den dürftigsten und ärmlichsten Verhältnissen aufgewachsen und gross geworden.

III.

Der mit der Strafe verfolgte Besserungszweck kann voll und sicher nur durch Hebung der Verbrechensursachen, der nächsten wie der entfernteren, erreicht werden. Aber den rechtswidrigen Willen im Bestraften zu brechen oder denselben vollends in ein gesetzmässiges und sittliches Wollen umzuwandeln, ist in sehr zahlreichen Fällen, wie die Erfahrung lehrt, ein Ding der Unmöglichkeit. Aeussere Verhältnisse, welche den Impuls zur strafbaren That gegeben haben, zu beseitigen und günstiger zu gestalten, so dass sie nicht auf's neue Gewalt über den Entlassenen gewinnen und dessen gute Vorsätze zum Wanken und Weichen bringen, — dazu fehlt es den Strafvollzugs-Behörden erst recht an den erforderlichen Mitteln. Die unvermeidliche Folge solcher Schwierigkeiten ist eine grosse Anzahl von Rückfällen, mit der wir stets zu rechnen haben werden.

Bleibt das Verhältniss, in welchen sich bereits bestrafte Personen an der Verübung von Rechtsverletzungen betheiligten, der bisher straffreien Bevölkerung gegenüber constant das gleiche, so sind wir versucht, eine Art von Gesetz anzunehmen, worauf die grössere Disposition bereits bestrafter

Personen zum Verbrechen beruht. Sobald aber das beschriebene Verhältniss sich noch ungünstiger gestaltet, die Rückfälle in noch grösserer Zahl und in noch kürzeren Zwischenräumen auftreten, so wendet sich unser Misstrauen unwillkürlich gegen die zur Bekämpfung des Verbrechens getroffenen Einrichtungen; wir suchen die Gründe der unheimlichen Erscheinung in den Strafgesetzen, in der Anwendung und in der Vollziehung derselben.

Auch im Volke hat jenes Misstrauen bereits Wurzel gefasst. Wie oft hört man in unsern Tagen die Klage: „Unsere Strafgesetze sind nicht strenge genug, die richterlichen Urtheile sind zu milde. Die Behandlung der Gefangenen ist allzu human, die Verbrecher haben es im Gefängnisse viel zu gut. Kein Wunder, wenn sie sich bald nach ihrer Entlassung aus dem Leben mit seinen Sorgen, Kämpfen und Entbehrungen in die Strafanstalt zurücksehnen, wo von ihnen nur mässige Arbeit verlangt und ihnen dagegen Alles gereicht wird, was sie zum Leben nothwendig haben.“ Ja noch mehr, sogar Männer der Wissenschaft haben dieses abfällige Urtheil über unsere Strafgesetze und deren Vollzug zu dem ihrigen gemacht und in der Presse zum öffentlichen Ausdruck gebracht. „Gegen die Freiheitsstrafen“ betitelt sich das jüngst erschienene, aufsehererregende Schriftchen des angesehenen Criminalisten Dr. O. Mittelstädt. „Die Abschaffung des Strafmasses“ ist Titel und Forderung einer Brochure, als deren Verfasser sich der Irrenarzt Dr. E. Kräpelin bekennt. Dr. Mittelstädt ist ein unbedingter Anhänger der Abschreckungstheorie, Dr. Kräpelin will eine „Reform der heutigen Strafrechtspflege“ vom Standpunkte der „Schutz- und Besserungstheorie“ aus angebahnt wissen.

Zur Begründung meiner im Nachstehenden entwickelten Ansichten und zur Rechtfertigung meiner Vorschläge bin ich ebenfalls genöthigt, den Standpunkt zu bezeichnen, welchen

ich zur Straffrage einnehme. Ich glaube diesen Zweck am Sichersten zu erreichen, wenn ich, anknüpfend an den Hauptinhalt der beiden citirten Schriften, meine eigene Ansicht über die darin vertheidigten und bekämpften Strafrechts-Theorien ausspreche.

IV.

Bis vor Kurzem konnte als die herrschende Straf-Rechts-Lehre die absolute, *auch Gerechtigkeits- oder Vergeltungs-Theorie* genannt, betrachtet werden. Dieselbe will Bestrafung des Verbrechers, blos weil er verbrochen hat, und zwar nach Massgabe seines Verschuldens. Diesen Satz erklärt Kant für ein Postulat der Vernunft, welches keines weiteren Beweises bedarf. Im Gegensatz zu dieser Ansicht sagt Fichte: „Die Strafe ist nicht absoluter Zweck; es lässt sich bei einer solchen Behauptung gar nichts denken.“ Und in der That scheint eine „zwecklose“ Strafe dem Verstande wie dem Herzen zu widerstreiten. Kein Wunder, wenn die transcendente Lehre im Volke kein Verständniss und keine Sympathien gefunden und die darauf gebaute Gesetzgebung günstiger Resultate sich nicht zu erfreuen hatte.

Hat G ö t h e Recht mit seinem Spruche:

„Was fruchtbar ist, allein ist wahr!“ —

so ist es mit der absoluten Straf-Theorie ganz schlimm bestellt; denn in Bezug auf Gestaltung der Strafe erweist sich keine Lehre unfruchtbarer, als die in Rede stehende. Die Strafvollstreckung vermag aus ihr lediglich gar keine Consequenzen abzuleiten; die Strafbehandlung muss sich Mass und Norm aus anderen Lehren von der Strafe entnehmen.

Ein sprechender Beweis für diese unsere Ausstellung dürfte darin gefunden werden, dass unsere Strafgesetzbücher, welche genannte Lehre zu ihrer hauptsächlichen Grundlage haben oder auch nur unter ihrem vorwaltenden Einflusse stehen, nahezu keine Bestimmung über Strafvollziehung enthalten. Wie freigebig hiermit sind und waren jene *Codices*, deren Artikel sich als Ausfluss einer der sog. relativen Straf-Systeme darstellen! Ich erinnere u. A. nur an das bayer. Strafgesetzbuch von 1813, für welches die Feuerbach'sche Lehre vom psychologischen Zwange die wissenschaftliche Grundlage bildet.

Nach Massgabe des Verschuldens zu strafen, ist eine Aufgabe, zu deren befriedigenden Lösung menschliches Wissen und menschliche Einsicht nicht hinreicht. Mit Recht sagt Dr. Mittelstädt: „Es gibt kein inneres Motiv, keine äussere Möglichkeit, Vergehen und Strafe ihrer Qualität nach gleichwerth zu gestalten.“ Der dem Volke zugemuthete Glaube, dass auf Erden durch den Richter göttliche Gerechtigkeit verwaltet werde, — wie oft wird derselbe erschüttert durch Irrthümer, Widersprüche und Ungleichheiten in der Rechtsprechung! Nur in den seltensten Fällen wird der Verurtheilte sich überzeugen lassen, dass ihm geworden, was er verdient hat; die Klagen über erlittenes Unrecht, über zu harte Bestrafung werden zur Regel werden. Eine solche Stimmung unter den Bestraften schliesst jedes Besserungsbestreben aus, der oberste Strafzweck, den Verbrecher von ferneren Rechtsverletzungen abzuhalten, wird nicht oder nur sehr unvollkommen erfüllt werden.

Die *Abschreckungs-Theorie* will dem Verbrechen vorbeugen, indem sie durch möglichst öffentliche und möglichst peinigende und qualvolle Strafvollziehung dem Volke das Verbrechen in seiner ganzen Grösse darzustellen und dadurch jedem Einzelnen einen tiefen Abscheu gegen dasselbe einzufliessen hofft. Nach Dr. Mittelstädt's Ansicht „mag der

Staat das Leben, die Gliedmassen, die Gesundheit, die Freiheit, die Familie, das Eigenthum, den Besitz mit seiner Strafgewalt ergreifen; die eine wie die andere, wie jede Strafgewalt bleibt, was sie ist und ihrem Wesen nach allein sein kann, ein Uebel und ein Leid, nichts mehr nichts weniger.“ „Beil und Fallbeil“ sollen nach seinem Wunsche „ihre blutige Arbeit wieder aufnehmen und *sans phrase* verrichten.“ „Die Freiheitsstrafen sollen, soweit sie nicht entbehrlich sind, voll hineingestellt werden in die strenge, erbarmungslose Herrschaft der Entbehrungen, Duldungen und Schmerzen u. s. f.“

Der Gedanke, dass die Strafandrohung von Begehung, und die Strafvollstreckung von Wiederholung des Verbrechens abschrecken soll, hat seine volle Berechtigung. Die dagegen vorgebrachten Einwendungen, „die Furcht schrecke Keinen vom Verbrechen ab, der sonst dazu entschlossen sei, der Verbrecher schmeichle sich mit der Hoffnung, nicht entdeckt zu werden,“ sind oberflächlich und nicht stichhaltig. Dass sich eben die grosse Mehrzahl der Staatsbürger nicht zum Verbrechen entschliesst, ist gerade die heilsame Wirkung der Strafe. Diejenigen, welche die der Strafe innewohnende Macht, Verbrechen zu hindern, in Abrede ziehen, sollten sich doch einmal vergegenwärtigen, was aus einem Gemeinwesen werden würde, wenn in diesem nur auf wenige Wochen die Strafgesetze suspendirt würden. Nicht der Gemeinsinn, sondern der Egoismus, der sich in der Furcht vor dem Straf-übel kund gibt, ist die wichtigste Stütze der Strafgesetze. Diejenigen, welche sich nicht schrecken und von strafbaren Handlungen nicht abhalten lassen, bilden die Ausnahme.

Die Gründe, welche die in Rede stehende Lehre nicht zur dauernden Herrschaft gelangen liessen, liegen in unrichtiger Auffassung der Menschennatur und in der Wahl der angewandten Mittel.

Es heisst doch die menschliche Natur verkennen oder bekundet wenigstens eine sehr einseitige Anschauungsweise, wenn man behauptet, der Mensch lasse sich blos durch Furcht und Schrecken bestimmen, seinen Eigenwillen dem im Staate verkörperten Vernunftwillen, seinen Eigennutz dem gemeinen Wohle unterzuordnen. Zum Glücke ist der Mensch ausser seinen sinnlichen Neigungen und Trieben auch mit geistigen Gaben und sittlichen Kräften ausgestattet, meist mächtig genug, die ungestümen Begierden und Leidenschaften in Schranken zu halten und in die richtigen Bahnen zu lenken. Diese geistigen Mächte beim Strafvollzuge gänzlich zu übersehen und sie nicht als Triebfedern zur Erreichung des Strafzweckes zu benützen, ist ein psychologischer Fehler, welcher der Abschreckungstheorie gewiss mit vollem Rechte zum Vorwurfe gemacht wird. Dieser Irrthum blieb auch nicht ohne bedauerliche Folgen. Die Grausamkeit und unmenschliche Härte, welche die Herrschaft dieser Theorie bezeichnete, verhärtete und verthierte die Bösen noch mehr und vermochte die Bessern von den Verurtheilten für die Gesellschaft und ihre alle Menschenwürde verleugnenden Satzungen nicht zu gewinnen. Die Geschichte hat denn auch ihr Verdammungsurtheil über die Schreckenstheorie gefällt; sie ist zu den Todten geworfen, und jeder künstliche Wiederbelebungsversuch wird an dem gesunden Sinne und der vorgeschrittenen Bildung unseres Volkes scheitern.

Die aus traurigen Erfahrungen gewonnene Ueberzeugung, dass Angst und Furcht, welche man in dem Verbrecher durch möglichst harte Behandlung zu erregen beabsichtigt, in sehr zahlreichen Fällen der Macht der bösen Neigungen und wilden Triebe nicht Stand hält, erzeugte den Gedanken, auf den Willen, als die Quelle der rechtswidrigen That, durch den Versuch einzuwirken, denselben in einen rechtmässigen umzuwandeln und umzugestalten. Aber auch dieses Bestreben gerieth auf Abwege.

Als Hauptirrthümer der neuen Lehre dürfte zu betrachten sein die Verwechslung von Mittel und Zweck und der Glaube an die Besserungsfähigkeit aller Menschen ohne Ausnahme. Die Annahme, dass *Besserung* der Bestraften der eigentliche Zweck der Strafe sei, führte nothwendig zu der Folgerung, dass die Strafe mit eingetretener Sinnesänderung der Verurtheilten zu beenden und im entgegengesetzten Falle bis zur Erreichung ihres Zieles fortzusetzen sei.

Der jüngste Vertheidiger der *Besserungstheorie*, Dr. Kräpelin, trägt kein Bedenken, als Postulate seiner Lehre aufzustellen: Abschaffung des Strafmasses (mit dem Strafmass fällt wohl auch die Strafandrohung als überflüssig hinweg) und Freilassung des Bestraften, sobald derselbe keine Gefahr mehr für die Gesellschaft bildet. Prüfen wir die Richtigkeit dieser Anschauung an ein paar Beispielen:

Ein Kassenbeamter, durch Noth zur Unterschlagung von Amtsgeldern und zur Fälschung getrieben, wird während der Untersuchung und vor der Verurtheilung durch Erbschaft oder durch einen Glücksfall zum reichen Manne. Die Noth, die einzige Ursache seines Falles, ist gehoben. In seinen nunmehrigen Verhältnissen liegt eine sichere Gewähr gegen Rückfall. Nach Dr. Kräpelin mag er ohne Anstand als ungefährlich der Gesellschaft zurückgegeben werden.

Oder: Ein Ehemann, durch unüberwindliche Abneigung gegen seine Frau oder durch heftige Liebe zu einer Andern zu einem erfolglos gebliebenen Mordversuche an ersterer verleitet, wird während der Untersuchung in Folge natürlichen Todes seiner Angetrauten zum Wittwer. Nach seinen Antecedentien erscheint er als Gelegenheitsverbrecher. Nachdem der Gegenstand seines Widerwillens das Zeitliche gesegnet und einer Verbindung mit der Herzensgeliebten ein Hinderniss nicht mehr im Wege steht, darf angenommen werden, dass er, weil bloß durch jene besonderen Umstände zum Verbrecher

geworden, in Zukunft sich straflos halten werde. Darum nach Kräpelin keine Strafe weiter!

Geradezu unbegreiflich ist, wie K. obigen Satz, der zu solchen Ungereimtheiten führen kann, vom Standpunkt der Schutztheorie vertheidigen zu können glaubt. Kann er denn in der That hoffen, dass das Strafgesetz, wenn seine Anwendung zu einem Spiel des Zufalls wird, noch ferner Ansehen und Autorität geniessen wird! Wird nicht Mancher in der Hoffnung auf eine günstige Wendung seines Geschickes die letzten Bedenken überwinden, welche der Ausführung seiner verbrecherischen Plane noch im Wege stehen!

K. vergisst eben die nothwendige Beziehung der Strafe zur bürgerlichen Vereinigung, zum Staate, und denkt nicht an die bedenklichen Folgen seiner Lehre für die öffentliche Moral. Er lässt keine Willensfreiheit gelten und betrachtet das Verbrechen nur unter dem Gesichtspunkte der Gemeingefährlichkeit, nicht der Strafbarkeit.

Ganz bezeichnend für die Unzulänglichkeit der Besserungstheorie ist der Umstand, dass K. genöthigt ist, zur Begründung wirklich praktischer Vorschläge jedesmal den Standpunkt der Besserungstheorie zu verlassen und auf die sog. Schutztheorie zu recurriren.

Nach dem oben bekämpften Satze, dass die Dauer der Strafe durch die Gefährlichkeit des Verurtheilten bedingt sei, musste er folgerichtig für lebenslängliche Gefangenhaltung unverbesserlicher Uebelthäter eintreten. Statt für diesen aber plädirt er für die sogenannte Nachhaft oder für Unterbringung in Arbeitshäusern. Auch die Todesstrafe, deren Berechtigung er nicht bestreitet, vermag er selbstverständlich mit der Besserungstheorie nicht zu vertheidigen; er nimmt deshalb auch in diesem Falle wieder zur Schutztheorie seine Zuflucht.

Mit Annahme der Todesstrafe und der Nachhaft aber ist der Stab über die Besserungstheorie gebrochen, der Glaube

an die Besserungsfähigkeit aller Verbrecher ohne Ausnahme zerstört.

Die Besserungslehre, welche einzig und allein mit der sittlichen Kraft im Menschen rechnet und dabei übersieht, dass die Strafvollziehung grobsinnlichen Naturen gegenüber auch sinnlichere Mittel bedarf, und dass der Erziehung meist die strenge Zucht, die gewaltsame Repression des bösen Willens vorausgehen muss, leidet ebenso an mangelhafter Menschen-Kenntniss wie die Abschreckungstheorie, welche das ethische Moment ganz und gar verkennt.

Die Besserungstheorie in ihrer Reinheit erweist sich auch in so ferne als in hohem Grade unpraktisch, als sie die Möglichkeit, dass Besserung nicht erzielt wird, gar nicht in Betracht zieht. Ungleich logischer und consequenter verfährt die Abschreckungstheorie. Wo ihr nächstes Ziel voraussichtlich nicht erreicht werden kann, schreitet diese zur Unschädlichmachung, ja bis zur Vernichtung des Verbrechers und verwirklicht so, wenn auch in brutaler Weise, das oberste Princip der Strafe, den Rechtsschutz. Die Besserungstheorie verfiel in das entgegengesetzte Extrem; indem dieselbe vorzugsweise Umkehr in kirchlichem Sinne anstrebte, begünstigte sie krankhafte Humanität und Sentimentalität auf Seite der Strafvollzugsorgane und häufig genug Heuchelei und Selbstgerechtigkeit auf Seite der Gefängniss-Insassen. Auch sie hat die Hoffnungen, die sich an ihren Eintritt in's Leben knüpften, nicht erfüllt.

Auf die übrigen Strafrechtslehren, wie die Feuerbach'sche Doctrin vom psychologischen Zwange, die Präventiv- oder Sicherungstheorie, die Nothwehr-Theorie u. s. f. des Näheren einzugehen, würde mich über die Grenzen hinaus führen, welche ich meinen Untersuchungen nothwendig zu ziehen hatte.

Ich vermag nur einen einzigen Zweck der Strafe zu erkennen, nämlich Sicherung und Schutz der Rechtsordnung.

Nach Fichte ist die einzige Absicht der Strafe die, „dass durch ihre Androhung das Vergehen verhütet werde.“ „Ward diese Absicht nicht erreicht, so hat die Bestrafung die andere Absicht, die übrigen Bürger und den Bestraften selbst für die Zukunft von dem gleichen Verbrechen abzuhalten.“ Besserung und Abschreckung gelten mir lediglich als Mittel zu jenem einzigen und obersten Zwecke der Strafe! ich halte aber auch jedes andere Mittel, welches zu diesem Ziele führt, für erlaubt und anwendbar, sofern es sich nur mit den Sitten-geboten im Einklange befindet.

Die Strafe in ihrer Androhung bezieht nichts anderes, als Verhütung der Verbrechen; in ihrer Anwendung dagegen ist sie so zu gestalten, dass der verbrecherischen Thätigkeit zunächst eine natürliche Schranke gezogen, dass sodann der rechtswidrige Wille durch strenge Zucht unterdrückt und bezwungen und durch erziehliche Thätigkeit allmählig in ein gesetzmässiges und sittliches Wollen umgewandelt wird.

Durch die gleichzeitige Anwendung von abschreckenden und bessernden Mitteln, durch die Verbindung strenger Zucht, mit menschenfreundlicher Erziehung wird der Heilerfolg in zahlreichen Fällen ganz wesentlich gefördert. Härte und Grausamkeit, wozu die abschreckende Absicht nur allzu leicht verführt, ist durch die Rücksicht auf Besserung, welche dadurch vereitelt würde, ausgeschlossen; Nachgiebigkeit und Schwäche, eine nicht geringe Gefahr, von welcher das Besserungsverfahren bedroht ist, wird unterdrückt durch die Besorgniss, dass dadurch die heilsame Furcht vor der Strafe und ihren Folgen abgeschwächt werden könnte.

V.

Was die Strafarten anbelangt, so ist das Urtheil hierüber vorzugsweise durch die Auffassung von der Strafe, ihrem Wesen und ihrem Endzwecke beeinflusst. Ich kann mich über diesen Gegenstand, nachdem ich meinen Standpunkt zur Straffrage eingehend dargelegt habe, ziemlich kurz fassen.

Ich beginne mit der *Todesstrafe*.

Bei der reichen Literatur, welche aus der Behandlung dieser Frage bereits erwachsen ist, halte ich es für unmöglich, auch nur einen einzigen neuen Grund für oder gegen diese Strafart noch in's Feld zu führen. Ich halte die Todesstrafe, welche sich nur vom Standpunkte der Abschreckung vertheidigen lässt, für unentbehrlich, weil die Geschichte jedes Landes Beispiele dafür liefert, dass Leidenschaften, insbesondere solche politischer und socialer Natur, einen solchen Grad von Hitze und Erregung annehmen und überdies solche Ausbreitung gewinnen können, dass ihr Sieg gleichbedeutend wäre mit Zerstörung der staatlichen und der gesellschaftlichen Ordnung, und dass, um solcher Gefahr zu begegnen, kein anderes Mittel erübrigt, als die Androhung und bezw. Verhängung des Todes, des nach allgemeiner Anschauung grössten Uebels auf Erden.

Sollte ich mich irren, wenn ich annehme, dass die Mordanschläge der Scheusale Hödel und Nobiling auf die geheiligte Person des Kaisers in jedem unbefangenen und gutdenkenden Deutschen den letzten Zweifel an der Rechtmässigkeit und Nothwendigkeit der Todesstrafe vertilgt haben!

Es gibt aber auch noch andere wilde Triebe im Menschen, wie Hass, Neid, Rachsucht, Bosheit, Eifersucht, welche mit solcher Macht auftreten, dass sie nur durch die Furcht vor dem Tode darniedergehalten zu werden vermögen. Einigen dämonischen Naturen gegenüber erweist sich selbst dieses äusserste Mittel in seiner Androhung als unwirksam. Ich selbst habe solche Bestien in Menschengestalt kennen gelernt, welche bis zu ihrem Lebensende eine Gefahr für ihre Umgebung geblieben sind.

Man mache gegen die Nothwendigkeit der Todesstrafe gegen solche Individuen ja nicht den Einwurf, dieselben vermögen auch in anderer Weise ungefährlich gemacht zu werden. Es gibt kein Gefängniss, aus dem nicht Gefangene schon entwichen wären. Und in der Strafanstalt selbst lässt sich nicht jeder Verkehr zwischen dem mordgierigen Gefangenen und den übrigen Bewohnern des Gefängnisses vollständig verhindern. Mir ist mehr als ein trauriger Fall bekannt geworden, dass dem in jenem Einwande sich aussprechenden groben Irrthume Gefängnissbeamte und eben so auch Sträflinge als blutige Opfer gefallen sind.

Selbst Fichte, in dessen fingirtem Bürgervertrage die Todesstrafe nicht vorgesehen ist, kommt bei Behandlung der Frage, was aus den vom Staate Ausgestossenen werden solle, zu dem Resultate: „Das einzige Verbrechen, wo auch nicht einmal der Versuch der Besserung zu machen ist, ist der vorbedachte Mord. Der Grund ist: Wer gemordet hat, von dem ist zu besorgen, dass er wohl auch wieder morden könne. Der Staat kann aber Niemand zwingen die Aufsicht über einen Mörder zu übernehmen und so sein eigenes Leben in Gefahr zu setzen.“

Weiter werfe ich noch eine Frage auf, die ich gerne von den Gegnern der Todesstrafe beantwortet hätte: Was soll nach ihrer Ansicht dem zu lebenslänglicher Zuchthaus-Strafe Verurtheilten widerfahren, wenn derselbe während der

Straferstehung sich abermals eines Mordes oder eines anderen todeswürdigen Verbrechens schuldig macht? In einem Lande in dessen Straf-Codex die Todesstrafe nicht vorgesehen ist, bliebe also der zweite Mord einfach ungestraft!

Zuletzt kann ich mir nicht versagen, auch noch eine Aeusserung Göthe's über unsere Frage anzuführen. Er sagt: „Wenn man den Tod abschaffen könnte, dagegen hätten wir nichts; die Todesstrafe abzuschaffen, wird schwer halten. Geschieht es, so rufen wir sie gelegentlich wieder zurück. Wenn sich die Societät des Rechtes begibt, die Todesstrafe zu verfügen, so tritt die Selbsthülfe unmittelbar wieder hervor, die Blutrache klopft an die Thüre.“

Ist die Todesstrafe nothwendig oder auch nur zweckmässig, so ist damit auch der Beweis ihrer Rechtmässigkeit erbracht. Die Rechte des Staates beruhen auf seinen Pflichten. „Was er soll, muss er dürfen.“

Dass wir die Todesstrafe auf die alleräussersten Fälle beschränkt wissen wollen, folgt aus unserer Begründung ihrer Nothwendigkeit.

Von den Leibesstrafen interessirt uns heut zu Tage nur noch die *körperliche Züchtigung*, für deren Wiedereinführung sich in den letzten Jahren zahlreiche und gewichtige Stimmen erhoben haben. Insbesondere wird in weiten Kreisen für dieses primitivste und roheste Strafmittel zur Bekämpfung des in neuerer Zeit in erschreckender Weise überhandnehmenden Bettler- und Vagantenthums gestimmt.

Wie bei der Todesstrafe, so fällt auch hier die Frage der Rechtmässigkeit und der Zweckmässigkeit zusammen. Ist die letztere zu bejahen, so besteht über die erstere auch nicht der leiseste Zweifel mehr.

Ich habe mich von der Nothwendigkeit oder auch nur von der Nützlichkeit der Prügelstrafe nie zu überzeugen vermocht. Als ich meine juristische Laufbahn begann, galt in meinem Heimathlande Bayern die körperliche Züchtigung

noch als zulässige Strafart gegen Bettler, Vaganten, lüderliche Dirnen, und ward davon bei fast allen Untergerichten ein sehr ergiebiger Gebrauch gemacht. Eine Hebung der Sittlichkeit war trotzdem nicht zu verspüren. Wie oft überzeugte ich mich auf meinen abendlichen Spaziergängen, dass Personen, welche sich Morgens ihre Tracht Prügel im Landgerichtsgefängnisse geholt hatten, am selben Tage noch und innerhalb des Stadtbezirkes sich eine neue Auflage derselben verdienten! Ein arbeitsscheuer, diebischer und spitzbübischer Bursche, der im steten Kampfe mit den Gerichts- und Polizeibehörden lebte, war durch mehr als Tausend Stockstreiche, die er sich früher unterm Militär verdient hatte, nicht gebessert worden. Ein vor Kurzem aus Wien gemeldeter Fall, dass ein Individuum, das beim Militär 10200 Ruthen- und 335 Stockstreiche erhalten hatte, neuerlich wegen Einbruchdiebstahles zu 5 Jahren schweren Kerkers verurtheilt wurde, spricht wenigstens nicht für die Unfehlbarkeit des in Rede stehenden Strafmittels.

Wäre der Strafrechtspflege mit der Prügelstrafe gedient gewesen, so hätte das bayer. Strafgesetzbuch und Polizei-St.-G.-B. von 1861 die körperliche Züchtigung als zulässige Strafart gewiss nicht wieder beseitigt.

Bettel- und Vagantenthum haben tiefer liegende Ursachen, gegen welche sich das Prügeln, und wenn wir dieses durch Maschinen und unter Benützung von Dampfkraft besorgten, als unwirksam erweisen würde. Darüber sowie über körperliche Züchtigung als Disciplinar-Strafmittel will ich mich an einer andern Stelle verbreiten.

Das Zurücktreten der Leibes- und Lebensstrafen und das Hervortreten der *Freiheitsstrafen* innerhalb eines gegebenen Strafsystemes bekundet einen wesentlichen Fortschritt in der Culturentwicklung eines Volkes. Ueber den Werth und die Bedeutung der Freiheitsstrafen hat eine aus Anlass des Erscheinens der Mittelstädt'schen Schrift in

Hamburg abgehaltene Volksversammlung ihre Erklärung in folgenden schönen Worten abgegeben:

„Das Leben ist der Güter höchstes nicht, das schönste ist die Freiheit des Menschen, und desshalb hat das laufende Jahrhundert die richtige Strafe zu treffen gewusst, dem Menschen das Werthvollste zu nehmen, die Freiheit.“

Im Gefängnisse und an dessen Insassen können alle Mittel zur Anwendung gebracht werden, welche die Erreichung des Strafzweckes verbürgen. Der Erfolg hängt natürlich von der Richtigkeit der Verfahrens ab. Wie dieses zu gestalten ist, davon soll in einem spätern Abschnitte gehandelt werden.

VI.

Untersuchen wir nunmehr, ob und in wie weit unsere Auffassung von der Strafe sich mit den in unserer Strafgesetzgebung ausgesprochenen und zur Geltung gelangten Gedanken im Einklang befindet. Dr. Mittelstädt ist mit den durch das deutsche Strafgesetzbuch geschaffenen Zuständen nicht zufrieden; er zweifelt an der „Vernunft, dem Segen und der Dauer der bestehenden Einrichtungen heutiger Strafrechtspflege.“ Seine Schrift wendet sich zwar nicht so sehr gegen die Freiheitsstrafe als solche, wie vielmehr gegen das bei ihrem Vollzuge hervortretende Besserungsbestreben. Doch tadelt er und beklagt er, dass der Freiheitsstrafe unter der Reihe der Strafarten die Herrschaft eingeräumt ist, und dass Leibes- und Lebensstrafen nicht in solchem Masse zur Anwendung kommen, um damit den Abschreckungszweck zu erreichen.

Dr. Kräpelin dagegen macht unserm neuesten Straf-Codex den Vorwurf, dass derselbe noch allzu sehr an der Vergeltungstheorie festhalte, und Besserung nur als Nebenzweck in einzelnen Bestimmungen einen schüchternen Ausdruck finde.

Was in den Schriften von Mittelstädt und Kräpelin unserem Strafgesetze zum Vorwurfe gemacht wird, dass sein Aufbau nicht auf dem Boden einer der bisher gelehrten Straftheorien erfolgt ist, zählt meines Erachtens gerade zu seinen bedeutendsten Vorzügen. Dass unsere Gesetzgebung sich von der Schule ab- und dem Leben zugewendet hat, darin liegt eine Gewähr segensreicher Wirksamkeit für die Zukunft. Die Strafandrohung in unserem Gesetzbuche wendet sich gegen den mittleren Menschen als „einen leidlichen Durchschnitt von Gutem und Bösem, ein zusammen addirtes Gespenst, das alle Schwächen und Leidenschaften, aber auch alle Tugenden des Menschengeschlechtes in sich vereinigt“ (Haushofer). Die Anhänger der Schule dagegen construiren sich den Menschen wissenschaftlich und schneiden sich ein System zurecht, das wohl diesem künstlichen Gebilde, nicht aber dem wirklichen und natürlichen Menschen auf den Leib passt. Unser Gesetzgeber glaubt an die Perfectibilität des Menschen, will darum auch, dass der Verbrecher, während er Strafe erduldet, von der sittlichen Seite gefasst und durch Anwendung geistiger und moralischer Mittel für die Ordnung im Staate wieder gewonnen werde. Den Beweis hierfür liefert die Annahme der Einzelhaft als zulässige Haftweise und die Adoptirung des Instituts der vorläufigen Entlassung. Unser Gesetzeswerk rechnet aber auch mit der Erfahrung, dass Besserung eines verdorbenen Menschen zu den schwierigsten Problemen gehört, dass bei einer grossen Anzahl erwachsener Verbrecher die Strafe ohne den gewünschten Erfolg bleibt, und trifft darum auch Massnahmen gegen dieselben über den Zeitpunkt der

Freilassung hinaus. Durch Beibehaltung der Todesstrafe endlich erkennt der Gesetzgeber an, dass Schutz und Sicherheit gegen gewisse übermächtige und unbändige Leidenschaften nur in der Vernichtung ihres Trägers zu finden ist, und dass, um jene in weiteren Kreisen darniederzuhalten, Furcht und Schrecken als Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen.

Was endlich die so oft gehörte Behauptung anbelangt, dass das deutsche St.-G.-B. die Verbrecher mit einer übergrossen Milde handle und von einer krankhaften Humanität und von einer schwächlichen Auffassung der strafbaren Handlungen ausgehe, so wird dieser Angriff gründlich von Dr. v. Schwarze*) durch den Nachweis widerlegt, dass bei den meisten, namentlich bei den am häufigsten vorkommenden Verbrechen die Strafdrohung im D. St.-G.-B. eine schärfere sei, als sie es in den meisten aufgehobenen Gesetzbüchern der D. Einzelstaaten gewesen. „Insbesondere gilt dies von dem Rückfalle bei den Eigenthumsverbrechen, von den Verbrechen wider die Sittlichkeit, von den schweren Fällen des Widerstandes gegen die öffentliche Autorität u. s. f.“

VII.

Gewiss mit vollem Rechte und auf Grund seiner reichen practischen Erfahrungen betont Dr. v. Schwarze in der angezogenen Schrift, „dass es nicht sowohl die Strafe, als die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung und Habhaftwerdung des Thäters ist, welche vorzugsweise abschreckende Wirkung äussert.“ Der Verfasser bedauert desshalb „manche Beschränkung der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft in ihrer Thätigkeit, welche die neuere Gesetzgebung

*) Dr. v. Schwarze, die Freiheitsstrafe. Leipzig 1880.

aus übertriebener Furcht vor der Gefahr des Missbrauches in dieser Richtung verfügt hat.“

Krankheiten verhüten ist leichter als Krankheiten heilen. Von diesem absolut richtigen Satze ausgehend, könnte der Staat durch eine gut organisirte, mit dem nöthigen Masse von Gewalt ausgestattete Sicherheitspolizei zahlreichen Verbrechen zuvorkommen und sehr viele Strafen sich ersparen.

Gegen jenen wichtigen Satz der Gesundheitslehre sündigt jedoch nicht nur der Einzelne, sondern auch im Staatsleben wird derselbe leider nicht immer beachtet. Unsere Strafgesetzgebung — und darin liegt ihre Schwäche — bietet gegen das in stetigem Wachstume begriffene eigentliche Verbrechenthum kein wirksames Schutzmittel. In dem Institute der *Polizei-Aufsicht* ist zwar die Nützlichkeit und Nothwendigkeit von Sicherheits-Massnahmen gegen gemeingefährliche Verbrecher nach verbüsster Strafe anerkannt; die gesetzliche Gestaltung der Einrichtung jedoch macht dieselbe zu einer gänzlich stumpfen Waffe.

Was soll auch in der That für die Sicherheit gewonnen werden, wenn, wie der § 39 des St.-G.-B. bestimmt, dem unter Polizei-Aufsicht Gestellten der Aufenthalt an gewissen Orten untersagt werden kann, oder wenn zu jeder Zeit bei demselben Haussuchungen vorgenommen werden dürfen! Der zu Beaufsichtigende hat häufig überhaupt gar keinen Wohnsitz und wird darum sehr oft von der Polizei gar nicht ausfindig zu machen sein. Ein sog. Ortsverbot, dessen Uebertretung bloß Haftstrafe zur Folge hat, wird denjenigen, welcher zu einem mit schwerer Strafe bedrohten Verbrechen schreitet, von dessen Ausführung nicht mehr abhalten. Das Verbot des Besuches einzelner bestimmter Orte enthält überdies keine wesentliche Beschränkung; das Freizügigkeitsgesetz gewährt dem Observaten die denkbar freieste Bewegung und überlässt ihm das ganze Land, mit Ausnahme jener wenigen Plätze, als offenes Feld für seine verbrecherische Thätigkeit. Die Verweisung des Ausländers aus dem Bun-

desgebiete, ebenfalls zu den Wirkungen der Polizei-Aufsicht zählend, vermag augenblickliche, aber nicht dauernde Befreiung von der Gefahr herbeizuführen. Den ausländischen Verbrecher von unseren Grenzen und von Verübung neuerlicher Verbrechen innerhalb derselben abzuhalten, dazu reicht die Androhung von Haftstrafe für Uebertretung des Landesverbotes nicht hin.

Die in Bremen 1880 abgehaltene Versammlung des Vereins deutscher Strafanstaltsbeamten hat im Hinblick auf die geringe Wirksamkeit der Polizei-Aufsicht in ihrer dermaligen gesetzlichen Gestaltung sowie mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit einer allseitig wirksamen Ausübung polizeilicher Ueberwachung mit grosser Majorität den Satz angenommen, *dass die Polizei-Aufsicht in schärferer Form wieder herzustellen sei.*

Die Frage, wie die Polizei-Aufsicht wirksamer zu gestalten sei, fällt mit der Frage zusammen:

„Was machen wir mit den ungebesserten Verbrechern, um die Gesellschaft gegen deren unablässige Angriffe sicher zu stellen?“ Dieselbe scheint mir Angesichts der erschreckenden Zunahme des habituellen Verbrecherthums bereits eine brennende geworden zu sein, deren Behandlung und Erledigung längeren Aufschub nicht mehr duldet.

Meine Anschauung von der Sache ist in Kurzem folgende:

Es gibt für die staatliche Gesellschaft dem professionsmässigen Verbrecherthum gegenüber nur ein einziges Schutzmittel; dasselbe besteht in unausgesetzter strengster Beaufsichtigung jener geschworenen Feinde der Ordnung. Diese stete Ueberwachung der gemeingefährlichen Elemente hat die strengste Aufenthaltsbeschränkung zur nothwendigen Voraussetzung. Das Freizügigkeitsgesetz darf dem Gaunerthum nicht zu statten kommen. „Jenes ist,“ wie Professor Berner in der Bremer Versammlung sich äusserte, „für anständige Leute gemacht, für ordentliche Menschen; dass es dem Verbrecher die Möglichkeit gibt, von einem Ende

des deutschen Reiches zum andern zu wandern, hat nicht im Plane gelegen.“

Die frühere strenge Form der Polizeiaufsicht äusserte sich insbesondere in der Bestimmung, dass der Observat den ihm angewiesenen Gemeinde- oder Ortsbezirk ohne polizeiliche Erlaubniss nicht über Nacht verlassen durfte. Diese Confination führte zu mancherlei Unzuträglichkeiten für die Gemeinden wie für die Entlassenen. Erstere waren häufig nicht in der Lage, für entsprechende Beschäftigung der letzteren zu sorgen; diesen blieb in einem solchem Falle keine andere Wahl als bittere Noth oder Bruch der Polizeiaufsicht. Mit letzterer war schon wieder ein strafrechtliches Real vollendet, das in Württemberg mit Kreisgefängniss bis zu 3 Monaten bestraft wurde.

Soll also der Observat nicht zu neuerlichen Vergehungen durch die Pol.-Aufsicht veranlasst oder geradezu gezwungen werden, so muss ihm Gelegenheit zur Arbeit und zu ausreichendem Verdienste geboten werden. Die Erfüllung dieses Gebotes ist jedoch nur von grösseren Gemeinden zu erwarten; kleinere Orte sind, insbesondere während der rauhen Jahreszeit, häufig nicht im Stande, ihre redlichen Armen mit Beschäftigung zu versehen. Auch sogar grösseren Städten, wenn sie für eine bedeutende Anzahl entlassener Verbrecher ununterbrochen Arbeiten der verschiedensten Art beschaffen sollen, erübrigt nichts anderes, als die Einrichtung von Werkstätten oder Arbeitshäusern. Die Schwierigkeit der Arbeitsorganisation und die unverhältnissmässig hohen Verwaltungskosten werden bald den Wunsch nach Centralisirung nahe legen, und auf solche Weise wird man, durch die Verhältnisse gezwungen, früher oder später zu der Einrichtung von staatlichen Arbeitshäusern zurückkehren, um in ihnen unbesserliche Leute nach ihrer Entlassung aus der Strafanstalt unterzubringen, sie beaufsichtigen zu können und sie gleichzeitig zum Verdienen ihres Lebensunterhaltes durch angestrengte Arbeit zwangsweise anzuhalten.

VIII.

Die *Vorteile* einer derartigen Einrichtung sind in die Augen springend. Als nächster und wichtigster Erfolg liesse sich eine namhafte Minderung der Rückfälle erwarten. Suchen wir das durch Zahlen anschaulich zu machen!

Ich habe in einem früheren Abschnitte den Beweis geführt, dass dormalen auf einen jährlichen Zuwachs von 334 Zuchthausgefangenen durchschnittlich 200 Individuen mit ungefähr je 4 Vorstrafen wegen Vergehen oder Verbrechen treffen. Es sind dies Leute, welche fast ausnahmslos das Prädikat „unverbesserlich“ verdienen, gegen welche fast sämmtlich die Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht richterlich erkannt ist, und welche nach obigen Ausführungen zur Einschaffung in ein Arbeitshaus nach abgebüsster Strafe nach ihrem Vorleben sich qualifizirten.

Weiter habe ich berechnet, dass Rückfällige sich die neue Strafe regelmässig durch mehr als je 3 strafbare Handlungen verdienen. Der Zugang an Zuchthausgefangenen in Württemb. pro 1879/80 betrug 440 Köpfe; darunter befanden sich nach obiger Berechnung 263 für das Arbeitshaus reife Individuen, durch deren rechtzeitige Aufhebung und Unschädlichmachung unserem Vaterlande in einem Jahre circa 789 Verbrechen erspart geblieben wären.

Nach diesem Ansätze vermag die Regierung jedes Staates unter Zugrundlegung der Bevölkerungszahl ihrer Zuchthäuser annähernd ziffermässig zu berechnen, in welchem Masse sie auf die Verringerung der Verbrechen durch die in Rede stehende Sicherheitsmassregel, wenn sie gesetzliche Annahme fände, einzuwirken in die Lage kommen würde.

Leider fehlt mir das benöthigte statistische Material, um eine gleichartige Berechnung mit unsern Gefängnissträflingen anzustellen. Wenn sich für diese auch eine günstigere Rückfallsziffer herausstellt, so ist dagegen die Zahl der jährlichen

Zugänge eine etwa 4 mal höhere, und dürfte darum die Annahme einer gleich hohen Zahl von strafbaren Handlungen, wie oben sich für die Zuchthausgefangenen ergab, und der durch die Einführung staatlicher Zwangs-Arbeitshäuser begegnet werden könnte, kaum zu weit gehen.

Nun vergegenwärtige man sich weiter die mit jenen Untersuchungen, die vermieden werden könnten, verknüpfte Arbeit der Gerichte, die namhafte Summe von Untersuchungs- und Arrestverpflegungskosten, die kostbare Zeit, welche von dieser grossen Anzahl von Untersuchungsgefangenen ohne Arbeit und somit ohne jeden Nutzen für die Gesellschaft in den Gerichtsgefängnissen vergeudet wird, ferner das unberechenbare Verderben, das jene Verbrecher-Veteranen durch Ansteckung unter zahlreichen Haftgenossen, insbesondere unter den jüngeren derselben, während der oft sehr langwierigen Untersuchungshaft anrichten, erwägt man weiter, dass die eigentlichen Strafanstalten durch den Abgang jener unverbesserlichen Individuen entlastet, dass durch die im Strafvollzuge zu erwartenden Ersparnisse wesentliche Verbesserungen ermöglicht und so der Annahme einer längst geplanten, aber des Kostenpunktes wegen noch immer nicht zu Stande gekommenen allgemeinen deutschen Gefängnisordnung der Weg gebahnt werden würde; — dann wird man sich nicht länger der Ueberzeugung von der Nützlichkeit staatlicher Zwangsarbeitsanstalten verschliessen können, sondern wird vielmehr dem baldigsten Inslebentreten einer derartigen wohlthätigen Institution mit Ungeduld entgegensehen.

Mit dem Nachweise der Zweckmässigkeit ist auch der ihrer *Rechtmässigkeit* erbracht; der Staat, wie wir schon an einer andern Stelle bemerkt haben, darf, was er soll. Und dass die Beschützung von Leib und Leben der Bürger gegen Angriffe nichtswürdiger Menschen zu den Aufgaben des Staates gehört, — wer getraute sich das ernstlich in Abrede zu ziehen! Sollte der Staat gegen Individuen, welche sich, so zu sagen, das Verbrechen zur Lebensaufgabe gemacht und

ihren Beruf in stetem Kampfe mit der ehrlichen Gesellschaft erblicken, nicht gleich wirksame Massnahmen ergreifen dürfen, wie gegen Bettler, Landstreicher, lüderliche Dirnen u. a., welche nach §§ 361. und 362. des St.-G.-B. nach erstandener Haftstrafe ebenfalls der Landespolizeibehörde zur Einschaffung in ein Arbeitshaus auf die Dauer bis zu 2 Jahren überwiesen werden können? Meines Erachtens ist die Nachhaft für ungebesserte Verbrecher das nothwendige Correlat der vorläufigen Entlassung, auf dem gleichen Gedanken wie diese fussend, dass die Dauer der gegen Verurtheilte vorzukehrenden Sicherheitsmassregeln, in der Entziehung der Freiheit bestehend, durch das Verhalten des Bestraften, durch seine Sinnesart beeinflusst werde.

Mittermaier spricht sich gegen die von uns empfohlene Einrichtung aus dem Grunde aus, „weil darin ein Widerspruch mit allen Vorstellungen von der Strafe und mit dem Grundsätze liegen würde, dass die Strafe nach der Grösse der Verschuldung ausgemessen werden müsse.“ Seine Bedenken sind, wie man sieht, rein theoretischer Natur, welche vielleicht heut zu Tage von dem berühmten Rechtslehrer im Hinblick auf den Ernst unserer socialen Lage practischen Erwägungen geopfert würden.

In der Gegenwart ist das Verlangen nach wirksamen Mitteln zur Bekämpfung des habituellen Verbrecherthums ein sehr lebhaftes, und Männer, welche in Bezug auf die Straffrage den verschiedensten Richtungen huldigen, wie Dr. v. Schwarze, Stursberg, Dr. Mittelstädt, Dr. Kräpelin, einigen sich in dem Urtheile, dass unverbesserliche Verbrecher nach erstandener Strafe in Arbeitshäusern aufgehoben und ungefährlich gemacht werden müssen.

In welcher Weise aber sollen solche Verwahrungsanstalten in's Leben gerufen werden?

Nach meinem Dafürhalten wäre es das Einfachste und Zweckmässigste, im Gesetze als eine weitere Wirkung der Polizei-Aufsicht auszusprechen, dass die Person, gegen welche die

Zulässigkeit jener Massregel erkannt wurde, nach erstandener Strafe in ein Zwangs-Arbeitshaus untergebracht werden könne.

Diese Anstalten für unsere unheilbaren Verbrecher müssten jedoch streng getrennt werden von den im § 362. Abs. 2. des St.-G.-B. für Bettler, Vagabunden, Asoten, lüderliche Dirnen u. s. f. vorgesehenen Arbeitshäusern; keinesfalls dürfte eine Vermengung der beiden genannten Haupt-Kategorien innerhalb einer und derselben Anstalt geduldet werden.

Die Zuständigkeit und das bei der Einschaffung zu beobachtende Verfahren hätte sich nach § 38. des St.-G.-B. und den hiezu von den Einzelregierungen erlassenen oder zu erlassenden Vollzugsvorschriften zu richten.

Die Dauer des Zwangsaufenthaltes anbelangend, so glaube ich mich im Gegensatz zu Dr. Mittelstädt und Dr. Kräpelin gegen lebenslängliche Verwahrung aus dem Grunde aussprechen zu sollen, weil durch diese und durch die daran sich knüpfende Hoffnungslosigkeit von vornherein jeder Impuls zu Besserungsbestrebungen abgeschnitten würde.

Bei der Behandlung der Detinirten dürfte nicht das sog. Progressiv-System, wohl aber die darin zum Ausdruck gelangte Idee des graduirten Zwanges mit Vortheil zur Anwendung gebracht werden, so dass nach verschiedenen Erleichterungen, die sich der Eingeschaffte durch gutes Verhalten verdienen kann, etwa allmählig Beschäftigung ausserhalb der Anstalt, später Verwendung ausserhalb des Hauses ohne Aufsicht und schliesslich probeweise Entlassung eintreten würde, die nach Ablauf einer bestimmten Frist in Freilassung mit oder ohne Beibehaltung der in § 39. Abs. 1. und 3. des St.-G.-B. ausgesprochenen übrigen Wirkungen der Polizei-Aufsicht übergehen könnte.

Alle Einrichtungen der Anstalt müssten auf Sicherung der Gesellschaft und sodann auf möglichste Ausnützung der Arbeitskraft der Internirten ihr Absehen richten; wenn immer möglich, sollten diese Anstalten sich selbst erhalten und

keines Staatszuschusses bedürfen. Ausbildung und Erziehung hätten gegen obige Zwecke zurückzutreten. Collectivhaft hätte die Regel zu bilden.

IX.

Ich komme nunmehr auf die weit oben aufgeworfene Frage zurück: *Sind wir berechtigt, die Schuld an der statistisch nachweisbaren Zunahme der Rückfälle im Verhältniss zu der Gesamtzahl der begangenen Verbrechen der neuen Strafgesetzgebung und der daran sich knüpfenden Rechtsprechung beizumessen?*

Ich nehme um so mehr Anstand, diese Frage unbedingt zu bejahen, als gerade in der meiner Leitung unterstellten Anstalt vom Jahre 1872 angefangen bis 1877 im Vergleiche zu den vorausgegangenen Jahren 1866 bis 1871 die Rückfallsziffer von 69,7 auf 78,3 pCt. hinaufgegangen ist, obgleich die durchschnittliche Strafdauer seit 1. Januar 1872 von 1 Jahr 2 Monaten und 6 Tagen auf 1 Jahr 11 Monate 23 Tage gestiegen ist. Jedenfalls kann man für die Mehrung der Rückfälle als Grund nicht die Milde des Strafgesetzes und allzu gelinde Anwendung desselben geltend machen.

In der uns vorliegenden Erscheinung dürfte vielmehr nur ein neuerlicher Beweis dafür erblickt werden, dass unsere Diebe und Betrüger, welche das grosse Contingent der Rückfälligen liefern, durch Erhöhung des Strafmasses sich in ihrem verbrecherischen Treiben heute eben so wenig beirren lassen, als früher durch die strengsten und grausamsten Strafen. Ihnen imponirt nur die Polizei, nicht der Straf-richter. Weil aber der ersteren, wie wir gesehen, durch den Gesetzgeber fast jede Macht gegenüber den gefährlichen Klassen genommen, und fast jede Ueberwachung über noto-

rische Feinde der Rechtsordnung aus übertriebener Rücksicht gegen die Rechte des Individuums unmöglich gemacht ist, so bin ich versucht, die auffällige Steigerung der Rückfallsziffer in unserem Lande seit 1872, dem Beginne der Wirksamkeit des D. St.-G.-B., mit dem Umstande in ursachlichen Zusammenhang zu bringen, dass wir mit unserm Landes-St.-G.-B. von 1839 auch die schärferen Bestimmungen über Polizeiaufsicht, welche eine Beaufsichtigung des Bestraften nach der Entlassung ermöglichten, eingebüsst haben.

Von Klagen über die Rechtsprechung, dass diese das Verbrechen zu schonend und nachsichtig handle, ist mir erstmals die Aeusserung eines preuss. Justizbeamten aus dem Gerichtssaale von 1874 bekannt geworden, der über die vierjährige Praxis eines Gerichtshofes mittheilt, dass derselbe in 175 Fällen einfachen Diebstahles im Höchstbetrage auf 6 Monate, im Durchschnitte auf 24 Tage und in 102 Fällen auf 1—7 Tage erkannt hatte.

Meine eigenen Erfahrungen über kurz zugemessene Strafen gegen Eigenthumsverbrecher, insbesondere gegen Anfänger im Diebshandwerke, kann ich kurz dahin zusammenfassen, dass dieselben nachtheiliger wirken, als gänzliche Strafflosigkeit. Diese hat wenigstens nicht die grosse Gefahr weiterer sittlicher Verderbniss im Gefolge, wovon insbesondere die Jugend in der Mehrzahl unserer Gerichtsgefängnisse bedroht ist.

Der Geh. Ober-Regierungsrath Jlling, Decernent im kgl. pr. Ministerium des Innern für Gefängnisswesen, hat in einer vor der Bremer Versammlung der D. Strafanstaltsbeamten gehaltenen Rede den Satz aufgestellt: „Strenge Strafen ersparen viele Strafen.“ Unsere württ. Rückfalls-Statistik liefert zu dieser Aeusserung einen interessanten Beleg. Durch Ges. vom 14. April 1855 wurde in Württemberg die zeitliche Zuchthausstrafe um ein Fünftheil, die Arbeitshausstrafe um ein Drittheil ihrer Dauer reduzirt. Wie äusserte sich diese Aenderung in der Rückfallsziffer? Die-

selbe, für die Jahre 1850 bis 1855 sich im Durchschnitt auf 61 pCt. für Arbeitshausgefangene berechnend, stieg im Jahre 1856 auf 70 pCt., in welcher Höhe sie sich bis zur Einführung des D. St.-G.-B. im Jahre 1872 erhielt.

Dieser Erfahrung ungeachtet plädire ich durchaus nicht für Wiederherstellung der früheren Dauer der Freiheitsstrafen, und erkenne keineswegs die grossen Hindernisse, welche solche insbesondere dem Besserungswerke an den Verurtheilten bereiteten. Aber den Wunsch kann ich nicht unterdrücken, dass der Strafrichter nicht unter dem Einflusse der unfruchtbaren und unseligen Vergeltungstheorie über der rechtswidrigen That deren menschlichen Urheber übersehe, sich vielmehr in jedem Falle die Frage zur gewissenhaften Prüfung vorlege, welche Strafe innerhalb des gesetzlichen Rahmens der moralischen Verfassung des Schuldigen entspricht und nach menschlichem Ermessen die Erfüllung des obersten Zweckes — künftige Sicherung der Rechtsordnung — verbürgt. Ergiebige Strafen, gegen jugendliche Eigenthumsverbrecher verhängt, liegen nicht blos im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern gereichen auch dem Verurtheilten zum Nutzen, weil eine bessernde und bildende Einwirkung auf den Vernachlässigten nur bei längerer Fortsetzung erfreulichen Erfolg verspricht. Habituelle Verbrecher können, wie wir schon öfter hervorgehoben haben, ohnehin kaum lange genug aufgehoben und von neuerlichen Gesetzesangriffen abgehalten werden.

X.

Ich gehe nunmehr zu den Vorwürfen über, welche gegen die Strafvollstreckung erhoben werden.

Ein nicht kleiner Theil der Bevölkerung erblickt die Ursache der häufigen Rückfälle in der *allzu humanen Be-*

handlung der Gefangenen. Selbst in Kreisen, welche sich zu den „gebildeten“ rechnen, schwärmt man heut zu Tage für Wiedereinführung und ergiebige Anwendung der Prügelstrafe, für „Ein- und Ausstand“ im Zuchthause, für schwerste Arbeit bei schmaler Kost, für Strafschärfungen u. s. f. „Man muss“ — so räsonnirt man — „den schlechten Kerls das Zuchthaus gründlich verleiden!“ Dr. Mittelstädt insbesondere wähnt, dass der moderne Strafvollzug über der Besserung die Abschreckung vergesse.

Wer unter Abschreckung grausame, menschenunwürdige Behandlung, körperliche Pein und sinnliche Leiden versteht und solche Mittel zur Verfolgung des Strafzweckes angewendet wissen will, der kann allerdings sich mit der heutigen Strafbehandlung der Verurtheilten nicht einverstanden erklären.

Wir erblicken das abschreckende Moment im Zwange, in der Freiheitsberaubung, und wenn uns von den Gegnern vorgehalten wird: „Weil ihr euch darauf beschränkt und nicht weiter geht, so bleiben eure Bemühungen erfolglos“ — so dürfen wir getrost erwidern: „Wir sind zu diesem der Menschennatur entsprechenden Verfahren übergegangen, nachdem man die Erfahrung gemacht, dass aus dem Samen der Rohheit die edle Frucht der Gesittung nicht gezogen zu werden vermag.“

Unser Verfahren ist in Kurzem folgendes: Wir bringen zunächst den Schuldigen in eine Lage, welche ihn die fernere Bethätigung seiner schlimmen, rechtswidrigen Gesinnung zur physischen Unmöglichkeit macht. Sodann nöthigen wir ihn, sein ganzes Thun und Verhalten bei Vermeidung strenger, unnachsichtiger Bestrafung nach der im Gefängnisse eingeführten Regel einzurichten, sich der Hausordnung in allen Stücken unbedingt zu unterwerfen. Da aber in sehr zahlreichen Fällen diese Beherrschung des schlimmen Willens nicht länger vorzuhalten pflegt, als der in dieser Richtung ausgeübte Zwang, so lassen wir uns an-

gelegen sein, jenen rechtswidrigen Willen, aus dem das Verbrechen entspringt, durch Lehre und Beispiel in gesetzmässige und sittliche Gesinnung umzuwandeln. In dieser Absicht gewöhnen wir den Sträfling an Fleiss und Arbeitsamkeit, an Ordnung und Reinlichkeit, an Mässigkeit, Nüchternheit und Sparsamkeit, an Verträglichkeit und Nachgiebigkeit, an Gehorsam, Aufrichtigkeit, Redlichkeit, Treue u. s. f., und suchen ihn auf solche Weise zu den Kämpfen des Lebens tüchtig und kräftig zu machen.

Und wenn diese unsere gute Absicht nicht bei Allen erreicht wird, — sei es dass die äusseren Verhältnisse, welche den Anstoss zum Verbrechen gegeben haben, auch nach der Straferstehung als unüberwindlich und übermächtig sich darstellen, sei es dass unsere Bemühungen an der geistigen Beschränktheit oder an natürlicher Willensschwäche des Bestraften scheitern, — wer könnte daraus billiger Weise einen Vorwurf für unser Verhalten ableiten! Wie kann die Wirkung der Strafe dadurch beeinträchtigt werden, dass der Gefangene körperlich nicht verwahrlost und vor geistiger Versumpfung und moralischem Verkommen bewahrt wird!

Die jetzt wieder erhobene Ausstellung an der Freiheitsstrafe und deren Vollzug ist nicht neu, sie ist schon oft wiederholt worden. Die treffendste Abfertigung derselben liegt in einer Aeusserung v. Holtzendorff's, die wir in der D. Strafr.-Zeit. Jahrgang 1864 S. 491. lesen, und welche also lautet:

„Diejenigen, welche in den Strafanstalten die ordentlich gehaltenen Kleidungsstücke und das perpetuum immobile der Nahrung bei den Gefangenen missgünstig kritisiren und der Meinung huldigen, dass die Gefangenen es zu gut haben, sind die rohesten Materialisten; ihr Urtheil verräth deutlich, dass sie von dem moralischen Werth bürgerlicher Freiheit und von der in jeder äusserlich aufgenöthigten Willensbeschränkung liegenden Pein keine Ahnung haben. Um den strafrechtlichen Charakter der Freiheitsstrafen zu würdigen,

sollte man nicht nur dasjenige zusammenzählen, was der Gefangene zu thun genöthigt ist, sondern die unendliche Reihe derjenigen Handlungen berechnen, die er im Gefängniss unterlassen muss. Anscheinend indifferente und gleichgültige Dinge, auf welche man in der Freiheit, und so lange man darüber verfügen kann, kaum achtet, gewinnen in der Strafhafte, sobald sie in die Kategorie des Unmöglichen und Unerlaubten erhoben werden, eine unglaubliche Bedeutung und einen incommensurablen Werth. Von dem Geschlechtsverkehr, der einem Ehegatten durch Einsperrung entzogen wird, bis zum Anblicke der Gegenstände, die einen Menschen gewohnheitsmässig umgeben, bis zu der verglimmenden Kohle an dem Herde eines Tagelöhners, gibt es eine Reihe von Genüssen, die zwar in der Freiheit nicht unter dem Titel der Vergnügungen erwähnt, bei ihrer zwangsweisen Entziehung aber als Entbehrungen empfunden werden. Nicht nur nachtheilige, unmoralische, sondern auch zahlreiche, der physischen und moralischen Natur des Menschen wohlthätige, angenehme und erlaubte Einwirkungen werden durch die Disciplin der Gefängnisse abgeschnitten.“

Ist doch Mittelstädt selbst gezwungen, auf Seite 82. einzugestehen, „dass in zahlreichen Fällen lange Gefangenschaft eine unendlich quälendere, zerstörendere Körperstrafe sei, als irgend eine andere denkbare Form physischer Züchtigung.“ Dies hindert ihn freilich nicht, an einer andern Stelle (S. 27) von der „Wohlthat individueller Zwangserziehung“ zu sprechen, in welches das Strafübel der Freiheitsberaubung umgewandelt wurde, durch welche Wandlung der Strafzweck nach seiner Ansicht verfehlt wird. Diese Anklage gegen den heutigen Strafvollzug zu prüfen, verlohnt es sich, die auf jene Zwangserziehung berechneten Einrichtungen etwas näher zu betrachten.

Dieselben bestehen in Ertheilung von Schulunterricht an jüngere Gefangene, in sonntäglichem Gottesdienste, wöchentlichem Religionsunterrichte, Spendung der Sacramente,

endlich in individueller Beschäftigung und, wenn nöthig, in gewerblichem Unterrichte. Und all' das geschieht zunächst keineswegs um der Bestraften willen, sondern im eigensten Interesse des Staates. Warum jene Veranstaltungen, welche auf Bildung des Geistes und Veredlung des Gemüthes abzielen, innerhalb des Gefängnisses gerade das Gegentheil dessen wirken sollen, was ausserhalb des Gefängnisses damit angestrebt wird, lässt sich absolut nicht einsehen, und Dr. Mittelstädt hat hiefür auch keine Gründe anzugeben, noch weniger Beweise dafür beizubringen vermocht.

Und nun noch wenige Worte über die angeblich *zu gute materielle Verpflegung des Gefangenen*. Die beste Widerlegung dieser Klage erblicke ich in den folgenden Zahlen: Auf Mundverköstigung der in hiesigem Zuchthause verwahrten Zuchthausgefangenen, d. i. für Frühstück, Mittag- und Abendessen ohne Brod, erwuchs im Jahr 1879/80 ein Aufwand von 25 Pfg. pro Kopf und pro Tag; die Kosten der gesamten Verpflegung, d. i. für Nahrung, Kleidung, Lagerung, körperliche Reinlichkeit, Krankenpflege, berechneten sich nicht ganz auf 54 Pfg. für den Gefangenen täglich. So wie in meiner Anstalt, so wird es durchschnittlich in allen deutschen Strafanstalten gehalten.

Wer eine noch weiter gehende Einschränkung und Sparsamkeit verlangen wollte, würde damit den Wunsch zu erkennen geben, dass unsere Gefangenen hungern und frieren sollen. Auch würde die Rechtfertigung dieses frommen Wunsches nicht viel Kopfzerbrechen verursachen und einfach dahin lauten: „Es ist ja doch nur elendes, verdorbenes Gesindel, das eine bessere Behandlung nicht verdient.“ Darauf erwidern wir: Allerdings bergen unsere Gefängnisse zum grossen Theile schlimme, verdorbene Subjekte; die wenigsten von ihnen sind aber das, was sie geworden, durch sich selbst und aus freier Wahl geworden: äussere Verhältnisse und Umstände, in welche sie schon durch die Geburt versetzt wurden, wiesen ihnen den Weg an, der in's Zuchthaus führt.

Viele, ja recht viele von diesen Auswürflingen der Gesellschaft verdienen daher in viel höherem Masse unser Mitleid und unser Bedauern, als Verachtung und Verdammung. Und wiederum befindet sich im Gefängnisse manch' braver, redlicher Mann der durch eine unselige Verkettung von Umständen oder durch ein unglückliches Temperament vom Wege des Rechtes vorübergehend hinweggedrängt wurde, denselben aber mit allem Eifer wieder zu gewinnen sucht. Nun frage ich: Haben wir ein Recht, solche Unglückliche im Gefängnisse langsam zu Tode zu martern oder sie siech und elend ihren Familien oder Gemeinden zurückzugeben?

Jeder, in dessen Herz sich solche lieblose Regungen einzuschleichen drohen, möge eingedenk sein, dass der Hang zum Verbrechen Anklänge in jedem Herzen findet. „Dass nicht in jedem Menschen die Sünde bis zum Verbrechen gediehen ist, mag uns vor dem menschlichen Richterstuhle unbescholten erscheinen lassen, niemals vor dem Richterstuhle des Gewissens.“ (H a u s h o f e r).

Ich vermag sonach bei der gewissenhaftesten Prüfung weder in der geistigen noch in der materiellen Fürsorge für unsere Gefangenen eine Gefährdung, vielmehr nur eine Förderung des Strafzweckes zu erblicken. Damit soll jedoch keineswegs behauptet werden, dass unser Strafvollzug nicht sehr viel zu wünschen übrig lasse. Die bisherige Methode desselben leidet vielmehr an sehr bedeutenden Fehlern und Mängeln, deren Darlegung ich mir in den nächsten Kapiteln werde angelegen sein lassen.

XI.

Auch in der *milden Handhabung der Hausordnung* durch die Gefängnisvorsteher will man schon einen Grund der Unwirksamkeit unserer Freiheits-Strafe entdeckt haben. Es wird, so sagt man, in neuerer Zeit viel weniger gestraft in

den Gefängnissen, dadurch wird das Heimathgefühl, welches so manchen Sträfling an das Zuchthaus fesselt, noch mehr begünstigt; die Leiter der Strafanstalten sollten bedenken: „Der Mensch, der nicht gezüchtigt wird, wird nicht erzogen.“

Sollten denn — so fragt man verwundert — die Strafanstaltsdirectoren in neuerer Zeit sich geändert haben? Sollten dieselben heut zu Tage anders von der Behandlung und Bestrafung der Gefangenen denken, als etwa vor einem Jahrzehnt? Sollten dieselben früher mit einer gewissen Vorliebe gezüchtigt und diese Neigung erst in späterer Zeit dem Wunsche, als menschenfreundlich zu gelten, zum Opfer gebracht haben?

Disciplinar-Strafen galten von jeher als Zucht-, nicht aber als Erziehungsmittel. Ihr Zweck ist lediglich Aufrechterhaltung der Hausordnung. Müssen jetzt weniger Disciplinar-Strafen verhängt werden, so folgt daraus nicht mehr und nicht weniger, als dass jetzt weniger Hausordnungswidrigkeiten vorkommen, wie früher. Der Grund dieser erfreulichen Erscheinung verbirgt sich nicht; sie beruht darauf, dass die gesammte Behandlung der Gefangenen nicht mehr ausschliesslich auf Strenge, sondern auch auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit basirt ist. Ein Reglement, das über den Gefangenen Hunger und Frost verhängt, keine rationelle Regelung der Arbeit enthält, harte und vexatorische Bestimmungen über Arbeits-Mass, engherzige Normen über Nebenverdienst u. s. f. aufstellt, fordert nothwendig den Widerspruch und die Auflehnung der Bedrückten und Gequälten heraus, und vermag nur durch zahlreiche und strenge Strafen aufrecht erhalten zu werden. Uebertretungen vorzubeugen ist besser, als durch Strafen sie gut zu machen suchen. Oder sollen wir uns wieder Zustände herbeiwünschen, wie wir sie bei Valentini*) lesen, nach dessen Mittheilungen es im preuss. Staate vor 1866 bei einer Bevölkerung von 18 Millionen Seelen jährlich im Durchschnitte 74 Ver-

*) v. Valentini, das Verbrecherthum im preuss. Staate. Leipzig 1869.

urtheilungen zur Zuchthausstrafe wegen Zusammenrottungen im Gefängnisse, mit Gewaltthätigkeiten verbunden, vorgekommen sind! Sollen wir uns, statt aus der Abnahme der Disciplinarstrafen in den Gefängnissen unrichtige Folgerungen abzuleiten, nicht vielmehr darüber freuen, dass die Legalität unter der Gefangenenbevölkerung im Laufe der Zeit eine grössere geworden ist! Ist doch Legalität des Verhaltens der erste Schritt auf dem Besserungswege und müssen wir diesen, auch wenn ihm kein zweiter folgen sollte, dennoch als erwünschte Wirkung des Strafzwanges willkommen heissen.

Also nicht aus übertriebener Milde und Nachsicht strafen wir dermalen weniger, sondern wegen nicht vorhandenen Bedürfnisses. Welch' anscheinend geringfügige Anlässe die Zahl der Bestrafungen beeinflussen können, dafür mag folgendes als Beweis dienen: Bei Antritt meines Amtes fand ich unter den in der Anstalt eingeführten Geschäftszweigen auch Cigarrenfabrikation vor. Die Verarbeitung von Tabak in der Anstalt war für die Gefangenen ein beständiger Reiz zur Uebertretung des in der Hausordnung enthaltenen Verbotes zu rauchen und zu schnupfen. Die dadurch veranlassten Straffälle betrugen in einem Jahre $21\frac{1}{2}$ pCt. aller Verfehlungen gegen das Hausreglement. Mit der Aufgabe der fraglichen Beschäftigung hat sich die Anzahl der Disciplinar-Strafen in meiner Anstalt nahezu um ein Viertel verringert.

Weder allzu milde, nachsichtige Behandlung noch auch allzu gute Verpflegung der Gefangenen ist die Ursache, dass so viele von unsern Entlassenen alsbald wieder in das Gefängniss zurückkehren. So weit meine Erfahrungen und Beobachtungen reichen, hassen fast alle Sträflinge ohne Ausnahme das Zuchthaus, und würden heute die Thore desselben geöffnet werden, ich wüsste nicht zwei von den Insassen meiner Anstalt, welche freiwillig zurückbleiben würden. Auch ist die Zahl derjenigen, welche das Gefängniss mit dem festen Vorsatze verlassen,

dasselbe für alle Zeit zu meiden, um Vieles grösser, als man bei der Häufigkeit der Rückfälle anzunehmen geneigt ist. Die grosse Mehrzahl der mir unterstehenden Gefangenen zeigt grossen Eifer und Fleiss bei der Arbeit; sehr viele, darunter mehrmals Rückfällige, halten mit grosser Gewissenhaftigkeit den ersparten Nebenverdienst zusammen, um am Ende der Strafzeit sich gute Kleider zu beschaffen und im Besitze der erforderlichen Reisemittel und eines Zehrpfennigs sich zu befinden. All' das hätte keinen Sinn, wenn die Leute sich mit dem Gedanken trügen, gleich wieder in die Anstalt zurückzukehren. Sogar nicht Wenige aus der Zahl der Rückfälligen wollen den Kampf mit dem Leben aufnehmen und hoffen, denselben siegreich zu bestehen. Aber sie überschätzen ihre Kraft und sie haben keine Ahnung, wie gross ihre moralische Schwäche, ihre Willensohnmacht ist. Sie besitzen nicht die geringste Herrschaft über sich selbst, alle Versuche sie zu selbstständigen, willensfreien Wesen zu machen, sind erfolglos, sie bleiben grosse Kinder für ihr ganzes Leben. Sie gehorchen, sie arbeiten nur unter der Herrschaft des Zwanges, ihr Verhalten am Strafplatze lässt nichts zu wünschen übrig; sie bedürfen am allerwenigsten der Disciplinirung, weil sie sich gegen die gewohnte Hausordnung in keiner Weise verfehlen.

XII.

Die Strafe soll den ganzen Menschen, d. i. sie soll ihn von seiner leiblichen und seiner geistigen Seite erfassen, sie soll auf seine Sinne wie auf seinen Willen wirken, sie soll den Verbrecher vom Bösen ablenken und zum Guten hinführen, sie soll abschrecken und bessern zugleich. Daraus folgt, dass ihr Vollzug strenge, nicht minder aber gerecht und menschlich zu gestalten ist. Das rechte Mass von Strenge

und von Menschlichkeit wird nur gefunden durch Beachtung der individuellen Unterschiede, welche sich unter den Menschen überhaupt, also auch unter den Gefangenen, bemerkbar machen.

Individualisiren beim Strafvollzuge heisst nichts Anderes, als jedem Gefangenen diejenige Behandlung angedeihen lassen, welche im Hinblick auf seine körperliche wie auf seine geistige Eigenart als die zur Erreichung des obersten Strafzweckes tauglichste sich darstellt. Das Princip der Individualisirung hat die gesammte Strafbehandlung, die auf Zucht wie auf Erziehung berechneten Massnahmen, die leibliche Pflege wie die geistige Bildung und moralische Einwirkung zu beherrschen. Seine Anwendung verhindert, dass Ernst und Strenge nicht in Härte und Grausamkeit, die Humanität nicht in Schwäche und Nachgiebigkeit ausarte. Selbstredend kommen bei der leiblichen Pflege die körperlichen Unterschiede, begründet durch Geschlecht, Alter, Körperconstitution, Gesundheitsverhältnisse u. s. f. in Betracht; dagegen hat die auf geistige Ausbildung und moralische Hebung gerichtete Thätigkeit an die vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnisse bzw. an die Sinnesart des Gefangenen anzuknüpfen und diesen Zuständen sich anzupassen. Die Anerkennung dieses, unseres Principes schliesst alles Systematisiren und Generalisiren aus. Der moderne Strafvollzug hat seither an jener Maxime festgehalten und war darauf bedacht, jeden Einfluss ferne zu halten, womit Unterscheidungen rein theoretischer Natur, welche der natürlichen Begründung und jedes praktischen Werthes entbehren, die Strafbehandlung der Gefangenen bedrohten, oder dergleichen, wo sie sich bereits Geltung verschafft, wieder auszumerzen oder wenigstens unschädlich zu machen.

Jeder Versuch, die in unserm Strafgesetzbuche beibehaltene Dreitheilung der strafbaren Handlungen und die daran geknüpfte Unterscheidung der Freiheitsstrafen auf dem Gebiete des Strafvollzugs zum Ausdruck zu bringen, und

praktisch zu machen, hat bisher mehr oder weniger mit einem Misserfolge geendet.

Als Beleg für diese Behauptung können die Erfahrungen gelten, welche man über den Werth des § 15. und des § 16. Abs. 2. unseres St.-G.-B. in den Strafanstalten zu gewinnen nur allzu reichliche Gelegenheit gefunden hat. Die beiden Gesetzesbestimmungen sind zu einer wahren *cruce* für den gewissenhaften Gefängnisvorstand geworden.

Warum soll nach dem zuletzt allegirten Gesetzes-Artikel die Arbeit für die Gefängnissträflinge deren Fähigkeiten und Verhältnissen angepasst werden? Aus keinem andern Grunde, als aus dem, weil blos auf diese und auf keine andere Weise die Arbeit ihre wohlthätige und segensreiche Wirkung äussern kann, und nur so durch sie der Strafzweck gefördert wird. Die gleiche Absicht, wie bei den Gefängnissträflingen, will man aber doch auch bei den Zuchthausgefangenen verfolgen. Ist es nun denkbar, dass bei den letzteren der gleiche Zweck durch ein Verfahren erreicht wird, welches dem bei den Gefängnissträflingen in Anwendung gebrachten geradezu entgegengesetzt ist?

Von welcher Seite man die Beschäftigung der Gefangenen betrachten, und welche Bedeutung man ihr beilegen will, so lässt es sich nie und nimmermehr rechtfertigen, für die Gestaltung derselben, für die Auswahl wie für den dabei auszuübenden Zwang, die rechtliche Beurtheilung massgebend sein zu lassen, welche der von dem Gefangenen verübten Rechtswidrigkeit seitens des Strafrichters zu Theil geworden ist.

Ist die Arbeit nothwendig zur Erhaltung der Gesundheit, zur Uebung der Körperkraft, so wird sie den gehofften Nutzen nur unter der Voraussetzung äussern, dass sie im richtigen Verhältnisse zu den Kräften und Anlagen des Arbeiters stehe.

Erblickt man dagegen in der Beschäftigung ein Zuchtmittel, so ist sie je nach dem Grade des zu bekämpfenden

rechtswidrigen Willens, wie er sich am Straforte, nicht aber wie er sich vor der Verurtheilung kundgegeben hat, zu bemessen.

Als edukatorisches Mittel endlich hat sich die Arbeit, wie jede erziehliche Thätigkeit, erst recht der Individualität des Zöglings anzuschliessen.

XIII.

Der Gedanke der Vergeltungstheorie: „Der Verbrecher wird bestraft nach Massgabe seiner Schuld“ schliesst, wie wir uns bei näherer Betrachtung der §§ 15. und 16. des St.-G.-B. überzeugt haben, das Princip der Individualisirung aus. Leider hat jene Idee, nachdem sie in unserer Strafgesetzgebung die früher innegehabte Alleinherrschaft eingebüsst hat, neuerdings bei Entwerfung eines *Gesetzes über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen für das Deutsche Reich* seinen Einfluss geäussert und droht sonach für die Zukunft auch auf dem Gebiete des Strafvollzuges seine nachtheilige Wirkungen auszuüben.

So soll nach § 24. des alleg. Entwurfes die regelmässige *Arbeitszeit* an Werktagen für Zuchthaussträflinge im Sommer 11, im Winter 10 Stunden, für Gefängnissträflinge 10 resp. 9 Stunden betragen. Für die Arbeitszeit ist selbstverständlich eine durchschnittliche Dauer nach Massgabe der mittleren Arbeitskraft eines gesunden Gefangenen festzustellen. Der Zwang, welcher ein *Essentiale* der Freiheitsstrafe bildet, bringt es mit sich, dass die Arbeitszeit nicht zu nieder gegriffen wird. Der Ernst und die Strenge, welcher die Strafvollstreckung begleiten muss, verlangt vielmehr, dass der Gefangene seine ganze Kraft einsetze, um sich durch Arbeit nützlich zu machen und einen Theil seiner Schuld gegen den Staat, der seinen Unterhalt zu bestreiten hat, abzutragen. Diese Forderung müssen wir, wenn anders der Strafernst nicht leiden und das Wesen der Freiheitsstrafe nicht beein-

trächtigt werden soll, in ihrem vollen Umfange gegen den Zuchthausgefangenen geltend machen. Wird diesem Ansprüche durch eine Arbeitsdauer von 9 bzw. 10 Stunden genügt, so liegt in einer längeren Arbeitszeit ein Zuviel, eine Ueberanstrengung, der wenigstens ein Theil der Züchtlinge auf die Dauer nicht gewachsen sein, und der sich bald in erhöhter Sterblichkeit und Morbidität in den Zuchthäusern bemerklich machen dürfte.

Auch steht mit der Arbeitsfrage in innigstem Zusammenhange die Ernährungsfrage. Vermehrter Kraftaufwand macht vermehrte Nahrungszufuhr zur Nothwendigkeit. Gefangene sind bezüglich aller Genüsse, also auch in Bezug auf die Nahrung auf das dringendste Bedürfniss zu beschränken. Dieses würde sich aber für die Zuchthausgefangenen in Folge erhöhter Arbeitsleistung um etwa ein Zehnthheil erhöhen, und kämen wir auf solche Weise zu einer reichlicheren Beköstigungsweise in den Zuchthäusern, welcher Umstand manchen unserer Gefangenen bestimmen könnte, dem Zuchthause den Vorzug vor dem Gefängnisse einzuräumen, oder mindestens ernste Zweifel an der Gerechtigkeit der Strafe zu erwecken geeignet wäre.

Eine Minderung der Arbeitsstunden zu Gunsten der Gefängnissträflinge bedroht den Strafernst um so bedenklicher, als für denselben ohnehin schon eine Gefahr aus der nicht selten sehr kurzen Dauer der Gefängnis-Strafe erwächst, andererseits ist bei Bestimmung der Arbeitszeit für Zuchthausgefangene mit um so grösserer Vorsicht vorzugehen, als deren Strafe durchschnittlich von längerer Dauer, wie die Gefängnis-Strafe ist, und darum die Arbeitskraft und die Gesundheit in höherem Masse, als diese, angreift und gefährdet.

Paragraph 31. des Entw. bestimmt:

„Die Sträflinge haben die durch die Hausordnung festgesetzte gleichförmige *Kleidung* zu tragen. Den Gefängnissträflingen, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, kann vom Vorstande gestattet werden, sich

der eigenen Kleidung und Wäsche sowie eigener Bettstücke zu bedienen.“

Ich halte diese Unterscheidung ebenfalls für keine glückliche. Ich gebe zu, dass in dem Tragen eigener Kleidung keine bedenkliche Erleichterung der Gefängniss-Strafe, und umgekehrt in dem Zwange zum Tragen der Zuchthaus-Kleidung keine besondere Erschwerung der Zuchthausstrafe enthalten ist. Immerhin aber hat das Anhalten zum Tragen der Sträflings-Uniform seinen nicht zu unterschätzenden pädagogischen Nutzen, welchen man nicht ohne Weiteres bei Behandlung der Gefängnissträflinge preisgeben sollte. Aus eigener Erfahrung äussert sich über diesen Punkt Schlatter*) wie folgt:

„Eine Haustracht schliesst Alles in sich, was man von einem Strafmittel erwartet, in sofern sie einen sinnlichen und zugleich einen gemüthlichen Eindruck auf den Strafgefangenen macht. Am wenigsten kann die Rücksicht auf den früheren Stand und die Lebensgewohnheiten des Sträflings eine Ausnahme begründen. Unter allen Aristokratien würde sich eine Zuchthaus-Aristokratie am wenigsten rechtfertigen lassen. Unangenehm und empfindlich ist freilich die Vertauschung der eigenen Leibwäsche mit jener des Zuchthauses, allein die Entbehrung von Braten, Wein, Bier, Kaffee und Cigarren ist auch empfindlich und steht, in so fern diese Dinge der Natur des Menschen zu einem relativen Bedürfnisse geworden sind, in einem noch directeren Verhältnisse zur Gesundheit, und dennoch sind diese Genüsse in der Strafanstalt streng untersagt.“

Für bedenklich halte ich insbesondere die äusserliche Unterscheidung durch die Kleidung in einer und derselben Anstalt. Von dem Augenblick an, wo den Gefangenen, denen die Ehrenrechte nicht abgesprochen sind, die Benützung eigener Kleider gestattet wird, ist das gezwungene Tragen der Hauskleidung zu einem Schimpf geworden, welcher von

*) Schlatter. Das System der Einzelhaft. Mannheim 1856, S. 102.

den dazu Genöthigten nicht mit Demuth und Ergebung, sondern mit Groll und Erbitterung hingenommen werden wird. Es liegt die Gefahr nahe, dass die also Gezeichneten sich enger zusammen schliessen werden, und dass auf solche Weise eine Art von Kastengeist unter den schlimmeren Gefangenen genährt und grossgezogen wird, welcher der Verfolgung des Besserungszweckes ernste Schwierigkeiten bereiten kann.

Endl icherweist es sich als nicht zu rechtfertigende Härte, dass dem Gefangenen mit ehrloser Gesinnung der mittellose Gefangene gleichgestellt wird, der durch den Mangel an Geldmitteln gezwungen ist, die Hauskleidung anzulegen.

Pädagogisch richtiger wäre es, eine Ausnahme von der eingeführten Kleiderordnung nach dem dem sog. Progressiv-Systeme zu Grunde liegenden Gedanken zur Belohnung für fortgesetzt gutes Betragen ohne Rücksicht auf das Vorleben und insbesondere auch ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen des Detinirten eintreten zu lassen.

Nach § 38. Ziff. 10. des Entwurfes eines D. Strafvollzugsgesetzes ist als Disciplinar-Strafe *körperliche Züchtigung* zulässig, jedoch nur gegen männliche Zuchthaus-Sträflinge, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind.

Ich bin — was ich bereits erklärt habe — ein Gegner der Prügelstrafe, weil nach meinen Erfahrungen dieselbe zur Aufrechterhaltung der Autorität der Gefängnissbehörde und zur Geltendmachung der Hausordnung, wenigstens in unseren süddeutschen Strafanstalten, nicht unentbehrlich ist. Wird mir der Beweis geliefert, dass die Verhältnisse anderwärts gegentheilig liegen und ohne die Peitsche nicht durchzukommen ist, so gönne und wünsche ich meinen Collegen dieses Strafmittel, weil sie desselben bedürfen, und freue mich darüber, desselben in meiner Anstalt nicht benöthigt zu sein.

Aber darüber habe ich meine grossen Zweifel, dass die behauptete Nothwendigkeit, dieses Disciplinar-Strafmittel in Anwendung zu bringen, sich nur in Zuchthäusern, und nicht auch, wenn gleich vielleicht weniger oft, in den Gefangenan-

stalten geltend machen sollte. Ist meine Vermuthung richtig, so muss die Prügelstrafe auch hier zugelassen werden. Treten hier Fälle ein, wo nur mit dem Stocke das Regiment noch aufrecht erhalten werden kann, so hat für dessen Anwendung einzig und allein der den Anlass gebende Fall zu entscheiden, nicht aber die mehr oder weniger ehrlose Vergangenheit des Ruhestörers oder die längere oder kürzere Strecke, welche derselbe bereits in der Verbrecher-Laufbahn zurückgelegt hat. Vor der Wichtigkeit des zu schützenden Interesses hat die Rücksicht gegen die Person zurückzutreten.

Liegt aber eine zwingende Nothwendigkeit, wie wir sie beschrieben haben, nicht vor, so ist und bleibt die Prügelstrafe eine rohe und brutale Handlung, weil sie über den Zweck der Strafe hinausgeht, und wird hieran nicht das Mindeste durch den Umstand geändert, dass sie an einem ehrlosen Zuchthausgefangenen, und nicht an einem Gefängniss-Sträflinge vollstreckt wird.

Ich habe, wie bereits an einer andern Stelle erwähnt, in meiner Justizpraxis die körperliche Züchtigung in ihrer Anwendung zu beobachten Gelegenheit gehabt. Daher mag es kommen, dass die Furcht vor deren Missbrauch in mir grösser ist, als das Vertrauen in ihren Nutzen und ihre Wirksamkeit. Wollte man aber die erforderlichen Garantien gegen unstatthafte Handhabung des in Rede stehenden Strafmittels schaffen, so würde in vielen Fällen die gewünschte Wirkung verloren gehen, welche durch die aller-rascheste, der Unthat gleichsam auf dem Fusse folgende Execution bedingt ist.

XIV.

Ueber die *Haftweise* enthält der mehrallegirte Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung der Freiheitstrafe die nachstehenden Bestimmungen:

„Die Zuchthausstrafe und die Gefängnisstrafe beginnen mit Einzelhaft.“

„Zuchthaussträflinge, welche 6 Monate und Gefängnissträflinge, welche drei Monate in Einzelhaft zugebracht haben, können auf Anordnung des Vorstandes in Gemeinschaftshaft versetzt werden, wenn ihr Zusammensein mit anderen nach ihrem Betragen und ihren Eigenschaften für unnachtheilig erachtet wird.“

Diese beiden Sätze, deren Annahme eine völlige Umgestaltung der bestehenden Strafvollzugs-Einrichtungen zur Folge haben würde, nöthigen mich zu einer eingehendern Behandlung der Haftfrage, und unterziehe ich mich dieser Aufgabe um so lieber, als eben dieser Frage von Fachmännern mit Recht eine so grosse Bedeutung beigelegt, ja der bisher nicht gelungenen Lösung derselben der grössere Theil unserer seitherigen Misserfolge im Strafvollzuge beigemessen wird.

Dass man in Erledigung der Haftfrage noch nicht weiter gekommen ist, ist nach meiner festesten Ueberzeugung dem Umstande zuzuschreiben, dass man ihre Lösung bisher auf systematischem Wege versucht hat. Die sog. Haftsysteme haben auf dem Gebiete des Strafvollzuges eben so viel Unheil und Verwirrung angerichtet, als die sog. Strafrechtstheorien in der Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Als die Freiheitsstrafe im Laufe der Zeit die wichtigste und die am häufigsten angewendete Strafart wurde, glaubte man mit strenger Freiheitsberaubung und deren verschärfenden Zusätzen auszureichen, und sperrte die Verurtheilten, ohne irgend einen Unterschied, als etwa den nach Strafgraden gelten zu lassen, zusammen in ein Gefängniss. Bald hatte man Ursache, über zunehmende Verwilderung und Verschlimmerung der Eingekerkerten zu klagen; man forschte nach der Ursache der bedenklichen Erscheinung und glaubte, sie in der Vereinigung der Verbrecher am Straforte finden zu sollen. Als das nächstliegende Gegenmittel empfahl sich die Trennung. Da und dort wurde nun der Versuch strenger

Isolirung der Gefangenen gemacht, aber die Erfolge blieben weit hinter den gehegten Erwartungen zurück. Man erkannte nicht, dass man bei Anwendung der neuen Methode in den gleichen Fehler verfallen war, welcher die Misserfolge der aufgehobenen Haftweise verschuldet hatte.

Die Gefahren, womit die gemeinsame Haft die bürgerliche Gesellschaft bedrohte, wurde nicht durch die Vergesellschaftung der Verurtheilten heraufbeschworen, eben so wenig als die Zelle die Schuld trug an den wenig erfreulichen Resultaten strenger Einzelhaft. Der Grund des Uebels lag tiefer; er war da wie dort im Mangel an der nöthigen Unterscheidung, in dem Unterlassen jeder Diagnose bezüglich des durch die Strafe zu heilenden Uebels, mit einem Worte in mangelnder Individualisirung zu finden.

Anstatt den nun einmal begangenen Fehler einzusehen und gut zu machen, gerieth man im Suchen nach Abhülfe auf neue, sehr bedenkliche Abwege.

Hier die Vereinigung der Verbrecher, dort ihre strenge Trennung für die zu Tage getretenen Uebelstände verantwortlich machend, suchte man einmal die verderbliche Wirkung, welche man der Association der Schuldigen zuschrieb, dadurch abzuschwächen, dass man die Zeitdauer ihres Beisammenseins reducirte, indem man bei Nacht Trennung durch die Zelle eintreten liess, zum Andern suchte man die vermeintlichen Nachtheile zu weit gehender Isolirung dadurch zu bekämpfen, dass man bezüglich des Auseinanderhaltens der Sträflinge eine Reihe von Erleichterungen eintreten liess, welche man Modificationen nannte, die aber im Grunde genommen nichts Anderes als eine Verwässerung des Systems sind und einem gänzlichen Aufgeben desselben sehr nahe kommen.

Eine der erwähnten „Modificationen“ besteht darin, die Verurtheilten am Anfange der Strafe einer kurzen Isolirung zu unterwerfen, wie dieses unser Gesetzes-Entwurf beabsichtigt. Es soll auf die angedeutete Weise den Gefangenen Gelegen-

heit zur Selbstschau und Einkehr, den Gefängnissbehörden dagegen die Möglichkeit zur Beobachtung und Beurtheilung des Gefangenen geboten, und so dessen spätere Behandlung in Collectivhaft erleichtert werden.

Die in England mit dem sog. Probations-Systeme gemachten Erfahrungen haben gelehrt, dass jene Hoffnungen sich nicht erfüllen. Mittermaier meint, dass bei solchen, deren Kopf und Herz leer sei, selten bei einer solchen Selbstbetrachtung mehr herauskommen könne, als ein Blick in's Leere, und ein irländischer Geistlicher bemerkt auf Grund seiner Beobachtungen, dass die Gefangenen, insbesondere wenn sie in jenem vorbereitenden Stadium mit einförmiger Arbeit beschäftigt werden, nur allzu gerne sich in Erinnerungen an die Vergangenheit flüchten, die der Besserung keineswegs zuträglich sind, oder die Mussestunden mit verderblichen Träumereien ausfüllen.

Was aber vorzugsweise gegen die vorbesprochene Haftweise einzuwenden ist, ist der Umstand, dass sie sich als System einführt und als solches sich geltend machen will.

Warum erziehen wir denn unsere Jugend nicht systematisch, sondern nach gewissen durch das Leben als richtig bewährten Grundsätzen? Weil, wie ein erfahrener Gefängniss-Director sich ausdrückt, der Mensch kein System, sondern ein Organismus, ein Unikat, mit denselben Eigenschaften nur einmal vorhanden, ist, darum kann folgerichtig seine Behandlung auch keinem spröden Systeme unterworfen werden. Dr. Schwarze äussert über diesen Punkt: „Der Sträfling ist ein Mensch, nicht aber eine Maschine, die, nach bekannten Regeln gehandhabt und geleitet, immer dieselben Erfolge dieser Handhabung und Leitung aufweist.“

Die Haftweise bildet lediglich einen Bestandtheil der gesamten Behandlung des Sträflings. Auch unser Strafgesetzbuch betrachtet desshalb die Einzelhaft nur als eine Vollstreckungsart der Freiheitsstrafe, nicht als eine besondere Strafart. Die Haftweise hat sich aus dem angeführten Grunde

nach denselben Regeln und Normen zu richten, wie die ganze übrige Straf-Behandlung. Insbesondere ist für sie ebenfalls das Princip der Individualisirung massgebend.

XV.

Die Frage nach der *besten Haftform* ist eben so undankbar und unfruchtbar, wie etwa die Frage nach dem besten Wirthschafts-System.

Nach List sind Schutzzoll und Freihandel niemals absolut richtige Principien; man müsse — so meint er — das Wesen der betreffenden Nation in's Auge fassen, auf die man sie anwenden wolle. Ebenso lässt sich darüber, ob einsame oder gemeinsame Haft den Vorzug verdiene, immer nur mit Bezug auf die Persönlichkeit des zu Strafenden ein sicheres Urtheil fällen.

Schablonenmässiges Isoliren hat sicher eben so viele und eben so grosse Nachtheile im Gefolge wie unterschiedsloses Zusammenpferchen der Verurtheilten.

Welche von unsern moralisch Erkrankten der Einzel- oder der Gesamtbehandlung zu unterwerfen seien, wird, naturgemäss von der Art des zu kurirenden Leidens abhängig gemacht. So verschiedenartig nun die Krankheitsfälle sind, so lassen sich doch gewisse Klassen von Erkrankungen unterscheiden, welche für Beantwortung unserer Frage massgebend sind.

Es besteht vor Allem ein mächtiger Unterschied zwischen Gewohnheits- und zwischen Gelegenheitsverbrechern. Das eigentliche Verbrecher- oder Gaunerthum rekrutirt sich vorzugsweise aus den Sündern gegen das siebente Gebot, aus Dieben, Räubern, Hehlern, Betrügern. Das Zahlenverhältniss der Eigenthumsverbrecher zu der Gesamtzahl der

Verbrecher überhaupt beträgt, wie oben nachgewiesen, 80 vom Hundert.

Das moralische Uebel, von dem sie befallen sind, wird für Andere gefährlich durch *Contagium*, und ihr eigener Zustand verschlimmert sich erfahrungsmässig, je länger sie in Berührung mit Ihresgleichen bleiben.

Hier thäte also Sonderung vor Allem Noth, und würde ich mich unbedingt, wie ich dies schon früher gethan, für Isolirung aller Verbrecher gegen das Eigenthum, wie der Verbrecher gegen die Sittlichkeit aussprechen, falls keine Aussicht gegeben wäre, die habituellen Gesetzübertreter, „denen das Verbrechen nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck ist,“ nach beendigter Strafe in Zwangsarbeitshäusern, wie oben in Vorschlag gebracht, unterzubringen. Letztere Massregel jedoch würde eine Trennung während der Strafdauer im Hinblick auf die später eintretende Vereinigung im Werkhause überflüssig und illusorisch machen. Ebenso wird der auch sonst bei Verhängung der Zellenhaft massgebende Grund, eine besonders intensive und sorgfältige Behandlung des Isolirten zu ermöglichen, bei Unheilbaren von selbst hinfällig.

Um so dringender sprechen die angeführten Erwägungen, Verhinderung der Ansteckung und Ermöglichung eines gründlichen Heilverfahrens, für getrennte Behandlung der Anfänger unter den Eigenthums- und Sittlichkeitsverbrechern.

Dem gewerbsmässigen Verbrecherthume steht eine andere Klasse von Gesetzesübertretern gegenüber, welche keineswegs als grundsätzliche Feinde der Gesellschaft und ihrer Satzungen zu betrachten sind, welche vielmehr, von aufwallender Leidenschaft übermannt oder von Noth und Elend besiegt, gegen die Strafgesetze sich versündigt haben. Die That manches von ihnen hat ihren Grund sogar nur in einem Mangel an Vorsicht und Ueberlegung.

Die Rechtsverletzer solcher Art werden einander am Strafplatze nicht gefährlich; die Strafe, wenn gleich in Ge-

sellschaft erstanden, wird von der Mehrzahl tief empfunden, und ohne Widerstreben unterwerfen sie sich der erziehlichen Einwirkung der Strafbehandlung. In nicht wenigen von ihnen ist die erwünschte Wandlung der Gesinnung schon vor Antritt der Strafe vor sich gegangen, und befinden sich dieselben bereits am Anfange derselben in derjenigen sittlichen Verfassung, welche zu erzielen die Einzelhaft sich zur Aufgabe macht.

Darum kann an ihnen die Strafe recht wohl in Gemeinschaft vollstreckt werden. von Holtzendorff*) äussert sich hierüber, wie folgt: „Es scheint als ob man den Besserungszweck neuerdings häufig zu allgemein auffasste, während es doch Vergehen, Handlungen gibt, bei denen Besserung gegenstandslos ist. In solchen Fällen mag Einzelhaft ganz zweckmässig sein, allein sicherlich genügt auch die gemeinsame Haft, wenn man für disciplinäre Bedürfnisse eine Anzahl von Zellen zur Verfügung hält. Von der Nothwendigkeit, die wegen Fahrlässigkeit oder wegen einer im Affekte begangenen Körperverletzung verurtheilten Personen grundsätzlich von einander zu isoliren, können wir uns nicht überzeugen.“ Auch Kühne**) meint, dass gewisse Klassen von Gefangenen in ihrer Uebersahl nach erstandenen Antrittstagen nichts in Einzelhaft zu thun haben, wie politische Verbrecher, sonst unbescholtene Todtschläger, Kindsmörderinnen u. s. f.

Für diejenigen unserer Gefangenen, welche im Affecte gesündigt haben, erweist sich die Collectivhaft auch in so ferne als die richtige Haftweise, als diese ihnen den heilsamen Zwang auferlegt, im Umgange mit Ihresgleichen auf ihr eigenes ungestümes, leidenschaftliches Wesen Acht zu haben, gegen dasselbe anzukämpfen und es allmählig zu überwinden.

*) Holtzendorff, Kritische Untersuchungen über die Grundsätze und Ergebnisse des irischen Strafvollzuges. Berlin 1865, S. 116.

**) Kühne, Grundzüge für Ordnung des Pönitentiarwesens in der Schweiz. St. Gallen 1873, S. 40.

Gegen Vollzug der Strafe in Einzelhaft an unsern Gelegenheits-Verbrechern spricht auch die Erwägung, dass der Strafwang nicht weiter gehen soll, als der Strafzweck es erfordert. „Jede Strafe,“ sagt Montesquieu, „welche nicht einer unumstösslichen Nothwendigkeit entspricht, ist tyrannisch.“

Dass die beiden von uns zur Gemeinschaftshaft vorgeschlagenen Gefangenen-Kategorien, Gelegenheits-Verbrecher und unverbesserliche Gewohnheits-Verbrecher, in gesonderten Anstalten unterzubringen sind und ihre gegenseitige Berührung ferne zu halten ist, bedarf kaum besonderer Erwähnung. Diese Forderung ergibt sich von selbst aus der Ansteckungsgefahr, womit die ersteren von den letzteren bedroht würden.

XVI.

Nachdem ich in Vorstehendem meine Ansichten über die Haftfrage entwickelt habe, unternehme ich es, in Folgendem den § 34. des *Entwurfes eines Strafvollzugs-Gesetzes f. d. D. Reich* etwas eingehender zu prüfen und zu beurtheilen.

Die ganze Wirkung und Tragweite des allegirten Artikels in seiner Ausführung übersehen zu können, ist es nothwendig, sich die Bestimmungen in § 1. und in § 4. Abs. 2. zu vergegenwärtigen. Nach § 1. ist die Zuchthaus-Strafe in den zu ihrer Verbüßung bestimmten Anstalten (Zuchthäusern), die Gefängniss-Strafe, deren Dauer drei Monate erreicht, in den Landesgefängnissen zu vollziehen. Nach § 4. Abs. 2. sollen die männlichen Sträflinge von den weiblichen räumlich derart getrennt gehalten werden, dass jede Begegnung ausgeschlossen bleibt.

Zu diesen Unterscheidungen nach der Strafart und nach dem Geschlechte fügt der § 14. noch eine solche nach der Haftweise.

Und nun suchen wir uns ein Bild von den künftigen Gefängniss-Einrichtungen des eigenen Heimathlandes zu entwerfen, wie sie die Annahme der allegirten Normen zur nothwendigen Folge hätte:

Am 31. März 1879 war die Gesamt-Zahl der erwachsenen Zuchthaus- und Gefängniss-Sträflinge in den württemb. Strafanstalten 2015 Köpfe, und zwar Zuchthausgefangene: 869 Männer und 152 Weiber; Gefängniss-Sträflinge: 864 Männer und 130 Weiber.

Angenommen, es betrage die Zahl der Gelegenheitsverbrecher, welche im Gegensatze zu den professionellen, insbesondere den Eigenthumsverbrechern, nach sechsmonatlicher Einzelhaft unbedenklich in Collectivhaft versetzt werden können, unter den Zuchthausgefangenen 20 pCt., unter den Gefängniss-Sträflingen 38 pCt. (ein Verhältniss wie es sich 1878/79 in den preuss. Straf-Anstalten berechnete), und die Zahl jener Gefangenen, welche nach § 17. des Entwurfes durch Krankheit u. s. f. von der Zellenhaft ausgeschlossen sind, durchschnittlich 5 pCt., so berechnet sich der Bedarf an Zellen, wie folgt:

	Wohn- & Schlaf- zellen zugleich:	Schlaf- zellen:
1) für 1021 Z.H.Gef. nach Abzug von 20 resp. 5 %, zusammen 25 % p. Jahr	766,	
2) für 25 % oder 225 Z.H.Gef. auf 6 Monate oder $\frac{1}{2}$ Jahr	128,	
3) für die gleiche Anzahl auf ein wei- teres $\frac{1}{2}$ Jahr	—	128,
4) für 994 Gef.-Sträfl., nach Abzug von 38 resp. 5 %, zusammen 43 % p. Jahr	557,	
5) für 43 % oder 437 Gef.-Sträflinge auf je $\frac{1}{4}$ Jahr	109,	
6) für eben dieselben auf je $\frac{3}{4}$ Jahr .	—	328,
	Summa 1560	455.

Dieser Aufstellung gegenüber berechnen wir in Folgendem den Bedarf an Zellen, indem wir unsere oben ent-

wickelten Vorschläge zum Ausgangspunkte nehmen, wonach unverbesserliche, habituelle Verbrecher, ebenso auch accidentelle Gesetzesübertreter, welche dem Gewohnheitsverbrechertum nicht zuzufallen drohen, von der Zellenhaft ausgeschlossen bleiben sollen. Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir von den mehrmals rückfälligen Gefangenen 80 pCt. zu den Incurablen zählen. Nach dieser und den obigen Ansätzen eigneten sich zur Collectivhaft von

1021 Zuchth.-Gef.

a. 25 % Gelegenheits-Verbrecher und
durch Krankheit u. s. f. von der
Einzelhaft Ausgeschlossene = 225

b. 80 % mehrmals Rückfällige aus
der Gesamtzahl von ca. 530 = 424

Summa 679

zur Einzelhaft demnach der Rest mit

352 Zuchth.-Gef.

Zur Collectivhaft eigneten sich von

994 Gef.-Gefang.

a. 43 % Gelegenheitsverbrecher etc. = 427

b. 80 % mehrmals Rückfällige von
der Gesamtzahl von 200 = 160

Summa 587

zur Einzelhaft demnach der Rest mit

407 Gef.-Gefang.

Der Gesamtbedarf an Zellen wäre nach unseren Vorschlägen 759; demselben könnte, da bereits ca. 300 Zellen vorhanden sind, durch den Neubau eines einzigen Zellengefängnisses genügt werden. Die Annahme des Strafvollzugsgesetzes dagegen würde unserem Lande die Auflage der Herstellung von ca. 1260 Tag- und Nachtzellen und von 455 Nachtzellen machen.

Eine nächtliche Trennung aller Collectivhäftlinge halte ich eben so wenig für geboten, wie eine Trennung der Mehrzahl der Gefangenen bei Tage. Es wird vollständig genügen, in jeder Anstalt mit gemeinsamer Haft eine dem Durchschnittsstande der Bevölkerung entsprechende Anzahl von Nachtzellen einzurichten, um diejenigen während der Schlafenszeit

von den Uebrigen zu trennen, welche der Unsittlichkeit überführt oder auch nur verdächtig sind. Ist doch schon eine grosse Gefahr für die Sittlichkeit damit beseitigt, dass die jugendlichen Gefangenen in besonderen Anstalten untergebracht werden sollen.

Eine Trennung nach Geschlecht dagegen halte ich im Interesse der Moral und der Disciplin für unbedingt geboten und für ungleich wichtiger, als die strenge Unterscheidung der Gefängnisse nach der Art der in ihnen zu vollziehenden Strafen. Insbesondere erscheint mir die gleichzeitige Verwahrung von Zuchthaus- und Gefängniss-Sträflingen in einem und demselben Zellengefängnisse als ganz und gar unbedenklich.

In kleineren Staaten wird sogar die Rücksicht auf Kosten-Ersparniss eine derartige Vereinigung zum dringenden Bedürfnisse machen. Hat man sich doch auch bei uns trotz der ansehnlichen Gesamtzahl von Gefangenen genöthigt gesehen, für sämtliche weibliche Sträflinge, Zuchthaus- wie Gefängnissgefangene, erwachsene wie jugendliche, nur Eine Anstalt zu benützen. Ebenso wurden in dem einzigen Zellengefängnisse Württembergs männliche Gefangene aller Kategorien seither untergebracht, ohne dass aus dieser Nichtunterscheidung irgendwie Inconvenienzen oder besondere Nachtheile für den Strafvollzug entstanden wären.

Und nun lassen wir zu obiger Aufstellung die Geldrechnung folgen:

In den württ. Strafanstalten sind dermalen zusammen 298 Einzelzellen vorhanden; demnach wären nach Annahme des Entwurfes noch 1262 Wohn- und Schlafzellen herzustellen. Nieder angeschlagen, stellen sich die Kosten für Bau und Einrichtung Einer Zelle auf 4000 Mk., und betrüge demnach die Gesamtexigenz für unsern Bedarf an Zellen die Summe von 5,048,000 Mk.

Dieses wäre also das Opfer, welches einem verhältnissmässig kleinen Lande, wie Württemberg, durch Annahme

des Entwurfes für einen neuen Versuch mit Anwendung der Einzelhaft auferlegt würde.

Und welches sind die Garantien für das Gelingen des Experimentes? Ich vermag solche nicht ausfindig zu machen. Was soll mit einer 3- bzw. 6monatlichen Trennungshaft an Leuten, die durch Noth oder durch Affect zu Gesetzesübertretern geworden sind, ausgerichtet werden? Zur Nacherziehung, deren viele von ihnen vielleicht gar nicht¹ bedürfen, ist jene Frist viel zu kurz. Die Strafe am Anfange besonders intensiv zu gestalten, ist bei ihnen regelmässig nicht nothwendig; recht viele von ihnen bedürfen nach den Erschütterungen und Aufregungen, welche der Abschied von der Familie, die Untersuchung und die öffentliche Hauptverhandlung mit sich brachten, eher der Aufrichtung und des Trostes statt weiteren Gemüthsdruckes, welchen die Zellen-Einsamkeit gerade in den ersten Monaten am stärksten ausübt. Die billige Rücksicht gegen diese Unglücklichen, welche im Fernhalten vom eigentlichen Verbrecherthum liegt, lässt sich vollkommen dadurch erreichen, dass dieses letztere theils in Zellen, theils in besonderen Anstalten für Unverbesserliche in Gemeinschaftshaft untergebracht wird.

Wozu endlich der colossale Aufwand für Zellenbauten und die mit der Einzelhaft verknüpften hohen Verwaltungskosten für die ausserordentlich grosse Anzahl von Incurabeln, welche man nach erstandener Strafe gleichwohl, wenn anders man sie ungefährlich machen will, in Zwangsarbeitshäusern gemeinsam verwahren muss! Von dem Glauben, unsere Spitzbuben, Hochstapler, Gewohnheitsbetrüger und dergl. mittels der Zelle zu ordentlichen Leuten, zu rechtschaffenen Bürgern umzuwandeln, sollte man nach tausendfältigen Erfahrungen vom Gegentheile längst abgekommen sein. Ich habe die volle und feste Ueberzeugung, dass bezüglich ihrer die Zellengefängnisse keine günstigeren Rückfallszahlen aufzuweisen haben, als die Strafanstalten alten Stiles.

Es sollte nie vergessen werden, dass die Zelle nicht das Heilmittel selbst, dass dieselbe vielmehr nur der Krankenstube, wo die Heilversuche angestellt werden, zu vergleichen ist.

XVII.

Je ohnmächtiger die Strafvollstreckung dem namhaften Contingente habituellen und professioneller Rechtsbrecher gegenüber ist, um so mehr mag sie Alles aufbieten, dass dasselbe durch neuen Zuwachs sich nicht von Jahr zu Jahr vergrößere. Daher sind ergiebige und strenge Strafen, sowie rationelle und sorgfältige Behandlung derjenigen, welche durch ihre Erstlingshandlungen die Hinneigung zum eigentlichen Verbrecherthum verrathen, unbedingtes Erforderniss. Zu retten, wo noch zu retten ist, soll uns kein Opfer zu schwer erscheinen. Aber wie oft überzeugen wir uns, dass auch für jene Anfänger die staatliche Hülfe viel, viel zu spät auftritt! Junge Taugenichtse, nachdem sie zu verschiedenen Malen kleine Strafen wegen Bettelns, Streunens, kleiner Mauseereien u. s. w. in unsern Gerichtsgefängnissen in Gesellschaft von schlechtem Gesindel aller Art, ergrauten Verbrechern, lüderlichen Dirnen u. s. f. abgesessen, kommen so gründlich verdorben und ausgeschämt in unsere Zellengefängnisse, dass auch an ihnen die sorgfältigsten und eingehendsten Besserungsversuche scheitern.

Darum vor Allem *gründliche Reform unserer kleinen Gefängnisse!* Etwa der fünfte Theil obiger Geldsumme von mehr als 5 Millionen, auf Verbesserungen in den Gerichtsgefängnissen, auf Herstellung einer ausreichenden Anzahl von Einzelhaftlokalen in denselben, Einführung geregelter Beschäftigung und Regiebeköstigung, Anstellung eines tüchtigen Wärterpersonals u. s. f. verwandt, würde zweifellos bessere und erfreulichere Resultate zu Tage fördern, als der

ungeheueren Aufwand für Organisation unserer Strafanstalten im Sinne des Entwurfes. Mit der Besserung muss von unten begonnen werden; um bei einem oft gebrauchten Vergleiche zu bleiben, die Elementarschulen des Lasters, wie unsere kleinen Gefängnisse schon oft genannt wurden, müssen von Grund aus reformirt werden; jede Verbesserung in den höheren Strafanstalten wird ohne eine solche durchgreifende Umgestaltung zusammenhangslos sein und darum ziemlich wirkungslos bleiben.

Der Verein deutscher Strafanstaltsbeamten hat die Wichtigkeit dieses Gegenstandes stets erkannt und in Bezug auf denselben mehrere Beschlüsse gefasst, deren Verwirklichung leider heute noch zu den frommen Wünschen zählt. Die bezüglichen Resolutionen lauten:

„Die absolute Trennung der Untersuchungsgefangenen von den Strafgefangenen ist die erste Bedingung einer Erfolg versprechenden Reform.“

„Die Isolirhaft ist für die Untersuchungs- und kurzzeitigen Strafgefangenen im Allgemeinen der einzig richtige Haftmodus.“

Dieser letztere Satz beruht auf der Erwägung, dass in Folge der ausserordentlichen Frequenz in unseren, besonders den grösseren Gerichtsgefängnissen, die Gefahr der Ansteckung selbst in noch bedenklicherem Masse, als in den eigentlichen Strafanstalten auftritt, und dass Strafen, von je kürzerer Dauer sie sind, desto intensiver gestaltet werden sollen.

Gute und vernünftige Handhabung einer auf Gerechtigkeit, Strenge und Menschlichkeit basirten Hausordnung hat ein tüchtig geschultes und gebildetes Gefängnisspersonal zur nothwendigen Voraussetzung. Ein soches kann zur Zeit nur durch längere Dienstleistung in einer gut geleiteten höheren Strafanstalt die nothwendige Vorbereitung erhalten. Die in München 1871 tagende Versammlung des Vereines deutscher Strafanstaltsbeamten erklärte es daher für dringend wünschenswerth, dass die Aufseher der kleineren Gefängnisse aus der Zahl der Strafanstaltsaufseher genommen werden.

Gegenwärtig sind die Gefängnisswärter an den Amtsgefängnissen fast überall der Dienstesaufsicht durch die Gerichtsvorstände unterstellt. Es wäre unbillig, von diesen Beamten erwarten zu wollen, dass sie neben der Hauptaufgabe ihres Berufes sich auch noch theoretisch und praktisch mit dem Strafvollzuge befassen. Letztere Aufgabe werden die allermeisten von ihnen als eine höchst lästige Beigabe zum übrigen Dienste betrachten, sich einfach auf die vorgeschriebenen Besuche beschränken und froh sein, wenn sie nicht durch besondere Vorkommnisse oder durch Beschwerden von Gefangenen zum Einschreiten veranlasst werden. Und doch erfordert der Strafvollzug in jedem Stadium die volle Hingabe und das ganze Interesse desjenigen, welcher diesen wichtigen Zweig der Staatsgewalt zu üben hat. Aus diesem Grunde wird auch der Laie in Gefängnissachen die beiden Beschlüsse der in Dresden 1867 abgehaltenen Vereinsversammlung deutscher Strafanstaltsbeamten für zweckmässig und praktisch erachten, welche dahin lauten:

„es solle das gesammte Gefängnisswesen vom Polizei-Gefängnisse bis zur Strafanstalt hinauf einheitlich organisirt“ und

„es sollen die Direktoren grösserer Strafanstalten zugleich Rechte und Pflichten haben, als Aufsichtsbeamte über die kleinen Untersuchungs- und Strafgefängnisse zu fungiren“.

Nur auf solche Weise ist es möglich, die Ergebnisse der Wissenschaft auch für den höchst wichtigen Vollzug kurzer Freiheitsstrafen nutzbar zu machen. Auch würde es gewiss nicht zu den geringsten Vortheilen zu rechnen sein, dass, wie zu erwarten wäre, allmählich die Arbeit mit ihren grossen Segnungen in unsern kleineren Gefängnissen ihren Einzug halten würde, was ihr bis zur Stunde, von einer verschwindend kleinen Anzahl von Arresthäusern abgesehen, noch immer nicht gelungen ist.

Wie schon oben angedeutet, kann durch die in den Ge-

richtsgefängnissen herrschenden Uebelstände jedes erfolgreiche Wirken der eigentlichen Strafanstalten, auch wenn deren Organisation und Einrichtungen nichts zu wünschen übrig liessen, vollständig vereitelt werden. „Unzählige,“ sagt v. Valentini, „sind schon im Gefängnisse für die Prostitution angeworben worden.“ Noch viel grösser dürfte die Zahl derjenigen sein, welche, wegen kleiner Veruntreuungen zur Strafe gezogen, das Gefängniss als wohlunterrichtete Diebe verlassen haben und für immer für das Verbrechen gewonnen wurden.

Von dem Umfange und der Ausdehnung der geschilderten Gefahren dürfte ein richtiger Begriff durch die folgenden Zahlen gewonnen werden:

Im J. 1868 wurden im Königreich Bayern 286,197 Personen wegen strafbarer Handlungen zur Verantwortung gezogen; von diesen waren 38,465 Personen verhaftet. Von den durch die Bezirksgerichte als Strafgerichten I. Instanz abgeurtheilten 20,121 Personen waren 159 über 3 Monate, 2822 unter 3 Monate, von den durch die Schwurgerichte Abgeurtheilten 543 über 3 Monate, 417 unter 3 Monaten verhaftet. Wie viele von den Verhafteten freigesprochen wurden, konnte ich nicht ermitteln. Wegen Uebertretungen wurden 121,560 Personen zu Arreststrafen verurtheilt, wegen Forstfrevels weitere 574 Personen. Arrest-Strafen, welche an die Stelle uneinbringlicher Forst-Geldbussen zu treten hatten, sind 55,790 anheimgefallen.

Ausserdem kamen in den Gerichtsgefängnissen noch die zahlreichen Gefängniss-Strafen bis zur Dauer von 2 Monaten zur Vollstreckung, deren Zahl zu ermitteln ich nicht in der Lage war.

XVIII.

Aber wir müssen noch weiter gehen. Wir mögen uns vor Allem angelegen sein lassen, unsere Jugend vor jeder

Berührung mit dem Gefängnisse, auch dem besteingerichteten, zu bewahren.

Die häufigste Ursache zum Verbrechen ist, wie wir anderwärts schon nachgewiesen haben, theilweise oder gänzliche Verwahrlosung in der Erziehung. Aus diesem Grunde ist es zu bedauern, dass ein im Jahre 1878 im preuss. Abgeordnetenhouse gestellter Antrag, es möge das preuss. Gesetz über die *Unterbringung verwahrloster Kinder* auch auf solche, die sich noch keiner Gesetzesübertretung schuldig gemacht haben, wenn die Familie sie nachweislich zum Laster erzieht, ausgedehnt werden, nicht zur Annahme gelangt ist.

Weiter ist aber auch noch zu beklagen, dass, wie bei der Vers. D. Strafanstaltsbeamten in Bremen durch eine Rede des Decernenten im preuss. Ministerium des Innern für Gefängnisswesen, Geh. Ober-Reg.-Rath Jilling bekannt wurde, die in § 56. des D. St.-G.-B. vorgesehenen *Erziehungs- und Besserungsanstalten für jugendliche Personen*, welche ohne Unterscheidungsvermögen die Strafgesetze übertreten haben, und eben so die *Anstalten für jugendliche Uebelthäter* im Sinne des § 57. des St.-G.-B. in vielen Theilen des D. Reiches noch gar nicht oder nur in ungenügender Zahl bisher in's Leben gerufen wurden, so dass heute noch Verurtheilte von 12—18 Jahren in unsern gewöhnlichen Gefängnissen, denen in Bezug auf Haftweise noch so grosse Mängel und Gebrechen anhaften, da und dort untergebracht werden müssen.

Ueber den *Strafvollzug an jugendlichen Personen* unter 18 Jahren enthält der Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung der Freiheits-Strafen für das Deutsche Reich folgende Bestimmungen:

Nach § 1. Ziff. 5. sollen die gegen die jugendlichen Personen erkannten Strafen, deren Dauer einen Monat erreicht, in besonderen dazu bestimmten Anstalten vollstreckt werden.

Nach § 2. bleibt es den Landesregierungen vorbehalten, auch Strafen unter einem Monate in den genannten Anstalten vollziehen zu lassen.

Gemäss § 3. können jugendliche Personen nur bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahr in solchen Anstalten behalten werden.

§ 15. bestimmt hinsichtlich der Haftweise, dass die genannten Personen in der Regel nur bis zur Dauer von drei Monaten in Einzelhaft gehalten werden können. Zu einer längeren Anwendung der Einzelhaft bedarf es der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 19. schreibt nächtliche Isolirung der in Gemeinschaftshaft gehaltenen Sträflinge vor.

§ 1. enthält, eine unverkennbare Verbesserung des § 57. des St.-G.-B., welcher in seinem Schlusssatze den Strafvollzug an Jugendlichen auch in „besondern Räumen“ zulässt, während die Bestimmung des Entwurfes mit gutem Grunde auf Unterbringung in besonderen „Anstalten“ dringt. Diese allein ermöglichen die vollständige Trennung und ermöglichen die ungehinderte Durchführung einer für unsere Gefangenen-Kategorie bestimmten Hausordnung und eines für sie berechneten Erziehungsplanes.

Zur Erreichung des Besserungszweckes hält man in Belgien einen Aufenthalt von mindestens sechs Monaten in den Spezialanstalten für Jugendliche für erforderlich; Strafen von kürzerer Dauer werden daher in den Gefängnissen des Ortes vollzogen, wo die Verurtheilung erfolgte. Diese Bestimmung richtig zu beurtheilen, darf nicht übersehen werden, dass in Belgien auch die Gerichtsgefängnisse zum grössten Theile auf Einzelhaft eingerichtet sind oder die nöthigen Einrichtungen zur Trennung der Jugendlichen von den andern Gefangenen-Klassen besitzen. Bei dem dermaligen Zustande der meisten unserer Amts- und Gerichtsgefängnisse darf die fragliche Bestimmung des Entwurfes willkommen geheissen werden.

§ 3. füllt eine Lücke des Strafgesetzes aus, welches darüber keine Bestimmung enthält, ob und wann die jugend-

lichen Verurtheilten in die Anstalten für Erwachsene überzutreten haben.

Dass der Entwurf in § 15. sich für gemeinsame Haft als die Regel entscheidet, beruht wohl auf den anderwärts gewonnenen Erfahrungen, dass die Einzelhaft, auf die Jugend angewendet, für deren körperliche und geistige Entwicklung mancherlei Gefahren im Gefolge hat, während, wie das Beispiel Belgiens lehrt, der sittlichen Verschlimmerung durch Unterricht, Arbeit, unausgesetzte Ueberwachung bei Tage und strenge Trennung bei Nacht mit Erfolg begegnet werden kann. Der Schlusssatz in § 15. des Entwurfes berücksichtigt die Möglichkeit, dass einzelne besonders verdorbene Individuen ohne die allergrösste Gefahr für Leib und Seele ihrer Mitgefangenen mit diesen nie oder erst nach vorausgegangener langzeitiger Trennung vereinigt werden können.

Ohne je die Thatsache, dass unsere Pfleglinge bereits den Weg des Verbrechens betreten haben, aus dem Auge zu verlieren, sollen wir ihnen nach dem Vorbilde Belgiens in den für sie bestimmten Anstalten eine vorzugsweise pädagogische Behandlung angedeihen lassen.

XIX.

Ausser der Mehrung von Verbrechen und Vergehen und ausser der Häufigkeit der Rückfälle hat in den letzten Jahren auch noch eine andere Erscheinung betrübender und beunruhigender Natur, — ich meine die Ueberhandnahme des Bettler- und Vagabondenthums — laute und gerechte Klagen im Publikum wachgerufen und die Sorge und Thätigkeit der Gerichts- und Polizeibehörden in hohem Masse in Anspruch genommen.

Im Betteln und in der Vagabondage liegt nicht nur eine grosse Belästigung der ehrlichen, arbeitsamen Bevölkerung, sondern zugleich eine nicht geringe Gefahr für die

öffentliche Sicherheit; die sog. bedenklichen Klassen bilden den fruchtbarsten Boden „in welchem das Verbrechen nach allen Seiten hin Wurzeln treiben kann.“

Als Haupt-Faktoren, welche jenes sociale Uebel begünstigen, nennt Dr. Haushofer a. a. O. das Steigen der Getreidepreise und sociale Zuchtlosigkeit. „So sieht man“, sagt der genannte Autor, „dass in der revolutionären Periode um 1848 herum die Mendicität überall steigt. In Bayern kamen von 1841—46 durchschnittlich jährlich 1638 aufgegriffene Bettler und Vaganten auf je 100,000 Einwohner; in den darauf folgenden 5 Jahren, welche sich um das Jahr 1848 gruppieren, schon 1706, obgleich der Getreidepreis sehr gesunken war. Mit zunehmender Theuerung steigt später die Mendicität ganz ausnehmend stark, offenbar unter dem Einflusse der Theuerung und der socialen Zuchtlosigkeit, und sinkt erst wieder von 1855/56 ab mit den bedeutend sinkenden Getreidepreisen.“ „Dabei zeigt sich das Gesetz der Trägheit auch bei den socialen Massen sehr deutlich darin, dass die schwachen Anfänge der Preissteigerung noch nicht die schlimmen Zustände der Bevölkerung verschlimmern, sondern erst die anhaltende und starke Theuerung. Ebenso erhält sich, auch wenn die Preise wieder sinken, die Landstreicherei und Arbeitsscheu nicht bloß constant, sondern geht sogar noch eine Zeit lang in die Höhe.“

Nach Mayr findet man eine grosse Uebereinstimmung in der Abnahme und Zunahme der Mendicität und Criminalität.

Dem Gesagten zufolge werden wir die Quellen des Bettels und des Vagantenthums kaum jemals zu stopfen, eben so wenig ein zeitweises Anschwellen des Stromes zu verhüten vermögen; um so mehr mag unsere Sorge darauf gerichtet sein, die wilden Wasser einzudämmen und ihnen einen Abfluss zu schaffen, wodurch die Gefahr für die Gesellschaft möglichst verringert werde.

Interessant und belehrend ist, was Starke in seinem classischen Werke „Das belgische Gefängnisswesen“ über

die Erfahrungen, welche man auf dem besprochenen Gebiete in Belgien gemacht hat, und über die geschichtliche Entwicklung der Einrichtungen mittheilt, welche zur Bekämpfung jener Calamität dortselbst getroffen worden sind. Wir erfahren aus dem geistvoll geschriebenen Buche, dass unsere Frage in den Niederlanden schon im 16. Jahrhundert eine brennende war, dass im 18. Jahrhundert gegen die Landstreicherei mit den allerstrengsten Strafen, als Staupenschlag, Brandmarkung, ja sogar mit der Todesstrafe vorgegangen wurde, dass dieselben jedoch ohne Erfolg blieben, da in Folge schlecht organisirter Armenpflege die Almosenspenden fortflossen, und die Bettler in solchen Schaaren auftraten, dass man vielfach Anstand nahm, gegen sie vorzugehen. Die Ausdehnung, welche das Uebel in dem jetzt so reichen und fleissigen Lande angenommen hatte, erhellt aus einer a. a. O. mitgetheilten Notiz folgenden Inhaltes:

„Um 1772 ergaben sich auf eine Bevölkerung von wenig mehr als 700,000 Seelen nicht weniger als 100,000 Hilfsbedürftige. Die Zahl der Armen des platten Landes wurde amtlich auf 64,681 festgestellt. Die Stadt Brügge hatte nach einem amtlichen Berichte mehr als 14,000; in Brabant zählte man 30,000 Bettler u. s. f.“ Und wie liegen die Verhältnisse heut zu Tage in Belgien? Nach Starke befanden sich am 1. Januar 1860 in den drei zur Aufnahme von jugendlichen Bettlern und Vagabunden bestimmten Anstalten 840 Personen. Die Gesamtzahl der erwachsenen Leute gleichen Gelichters betrug in den Jahren 1861—65 durchschnittlich 2557, ging sodann unter dem Einflusse des noch näher zu betrachtenden Gesetzes vom 6. März 1866 um 35,7 pCt. zurück und belief sich in den Jahren 1866—68 noch auf durchschnittlich 1643 Köpfe.

Und wie lauten die Bestimmungen dieses wirksamen und wohlthätigen Gesetzes? Dasselbe verordnet:

- 1) Jede gesunde, über 14 Jahre alte Person, welche beim Betteln und Vagabondiren betroffen wird, ist zu bestrafen und nach verbüsster Strafe der Regierung zur Verfügung zu stellen;
- 2) Auch gebrechliche Personen, oder solche, welche noch nicht 14 Jahre alt sind, können wegen Bettels oder Vagabondirens vor den Richter gebracht und im Falle der Ueberführung zwar nicht bestraft, aber der Regierung zur Verfügung gestellt werden, falls sie ausserhalb ihres Unterstützungswohnsitzes betroffen werden, und der Bürgermeister des Ortes, wo sie angehalten wurden, sich mit der Verfolgung einverstanden erklärt;
- 3) Die nach 1) für einfaches Betteln und Vagabondiren verhängte Strafe ist Gefängniss von 1—7, im Rückfalle von 8—15 Tagen, dagegen bei qualificirtem Betteln 8 Tage bis 3 Monate. Die Strafe ist in einem von der Regierung zu bestimmenden *dépôt de mendicité, école de réforme* oder in einem Strafgefängnisse zu vollstrecken;
- 4) Die Regierung erhält die Ermächtigung, unter Aufhebung der alten *dépôts de mendicité* (bis dahin Institute der Provinzialverwaltung) neue und zwar Staatsanstalten einzurichten.

Liegt in den oben verzeichneten schönen Erfolgen der belgischen Einrichtungen nicht eine dringende Aufforderung zur Nachahmung?

Ganz besonders dürfte es sich empfehlen, die den Gemeinden, Verwaltungsbezirken oder Provinzen unterstellten Arbeitshäuser, wo solche noch bestehen, nach dem Vorgange Belgiens aufzuheben und deren Verwaltung in die Hände des Staates zu geben. Die Vortheile der staatlichen Administration liegen in der besseren und zweckmässigeren Organisation des Arbeitsbetriebes und in namhafter Ersparung von Verwaltungskosten durch Centralisirung. Die Möglichkeit, die Detenten in solchen Anstalten nutzbringend zu be-

schäftigen, legt den Wunsch nahe, in denselben auch die wegen Bettelns und Streunens gerichtlich erkannten Strafen zum Vollzuge zu bringen und so die Verurtheilten dem erzwungenen Müssiggange in den Gerichtsgefängnissen zu entreissen.

Ein in die Augen springender Vorthail ist ferner die Trennung der Jugendlichen von den Erwachsenen durch Errichtung gesonderter Anstalten für beide Kategorien. Der Charakter von beiderlei Anstalten ist ein sehr verschiedener. Die *écoles de réforme* für die Jugendlichen sind Erziehungsanstalten, in welchen die Zöglinge in den Elementar-Kenntnissen unterrichtet und zu praktischer Thätigkeit in der Landwirtschaft angehalten und herangebildet werden. In den *dépôts de mendicité* dagegen, welche zur Aufnahme der Erwachsenen bestimmt sind, entspricht die Organisation der Verwaltung wie die Behandlung der Verwahrten den für die Gefängnisse getroffenen Einrichtungen und Anordnungen. Ueberwindung der Neigung zum Müssiggange und zwangsweises Anhalten zu ernster, anstrengender und nützlicher Thätigkeit ist der leitende Gedanke, der in der Hausordnung für diese Institute zum Ausdrucke gebracht ist.

Bemerkenswerth endlich an den belgischen Einrichtungen ist die Bestimmung, dass Personen, denen die nöthigen Subsistenzmittel fehlen, auf Ansuchen in den *Dépôts* Aufnahme finden.

Um jedoch derartige Anmeldungen nicht zu begünstigen und das Unterkommen in den *Dépôts* nicht als neidenswerthe Wohlthat erscheinen zu lassen, besteht die Anordnung, dass die freiwillig Eingetretenen, falls sie zum ersten Male in der Anstalt sich befinden, zwar nicht über 30 Tage in derselben zurückgehalten werden dürfen, dass sie aber, falls sie binnen 12 Monaten in die Anstalt zurückkehren, daselbst mindestens 6 Monate bis höchstens 1 Jahr zu verbleiben haben.

XX.

Und nun kommen wir wieder auf die oben aufgeworfene Frage zurück, durch welche unsere bisherigen Untersuchungen veranlasst wurden: „Besteht ein nachweisbarer Grund, den modernen Strafvollzug für die Zunahme des habituellen Verbrecherthums, für Mehrung der Rückfälle verantwortlich zu machen?“

Die Grundsätze, auf welchen heut zu Tage die Behandlung der Gefangenen basirt, haben, wenigstens bei uns, schon viel früher gegolten, als sich die Zunahme der Verbrechens-Rückfälle bemerklich machte. Die Haftweise hat in den letzten Jahrzehnten durch Erbauung von Zellengefängnissen sogar eine nicht zu leugnende Verbesserung erfahren.

Der Beweis eines ursachlichen Zusammenhanges zwischen der modernen Strafvollstreckung und der Ueberhandnahme der Verbrechens-Rückfälle dürfte sonach immerhin auf nicht unbedeutende Schwierigkeiten stossen.

Nichts desto weniger dürften unsere Untersuchungen eine Reihe namhafter Uebelstände und Gebrechen zu Tage gefördert haben, durch deren Beseitigung oder Verbesserung der Strafvollzug wesentlich gewinnen und in Erreichung seiner Aufgabe eine namhafte Unterstützung und wohlthätige Förderung erfahren würde. Ich wiederhole die oben begründeten Vorschläge, sie in folgenden kurzen Sätzen zusammenfassend:

1) Da gute Erziehung die Grundlage jeder bürgerlichen Tugend, und anderseits schlechte oder vernachlässigte Erziehung erfahrungsgemäss eine der häufigsten Verbrechensursachen bildet, so sollte das dem Staate zustehende Recht der Zwangserziehung allenthalben dahin erweitert werden, dass Kinder vom 6. bis zum 12. Lebensjahre von Obrigkeitswegen in eine geeignete Familie oder in eine Erziehungs- oder Besserungs-Anstalt untergebracht werden können, wenn die Unterbringung mit Rücksicht auf die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher des Kindes und auf dessen übrige

Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich ist.

2) Es ist unabweisliche Pflicht jedes Staates, für jugendliche Personen, welche das 12., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben und der Begehung einer strafbaren Handlung für schuldig befunden worden sind, die in § 57. des St.-G.-B. vorgesehenen Special-Anstalten, sofern dies noch nicht geschehen ist, in kürzester Frist in ausreichender Anzahl herzustellen.

3) Als der erste und wichtigste Schritt einer zeitgemässen Gefängniss-Reform empfiehlt sich eine gründliche Reorganisation der Gerichtsgefängnisse. Da bei der starken Frequenz derselben und bei unzureichender Aufsicht über die Inhaftirten die Gefahr gegenseitiger Verschlimmerung derselben noch bedeutender, als in den eigentlichen Strafanstalten erscheint, da ferner Freiheits-Strafen von kurzer Dauer, sollen sie nicht wirkungslos bleiben, möglichst intensiv gestaltet werden sollen, so erweist sich Isolirhaft als die einzig richtige Haftweise; welche in den Gerichtsgefängnissen angewendet werden sollte. Aus dem erstangeführten Grunde sollen auch Untersuchungsgefangene von einander getrennt gehalten werden.

4) Aus den in Abschn. XIII. entwickelten Gründen soll die Gefängniss- und die Zuchthaus-Strafe an allen Gefangenen, welche nicht in die Kategorien der Gelegenheits-Verbrecher oder der Verbrecher aus Leidenschaft noch auch zur Klasse der notorisch Unverbesserlichen gehören, in Einzelhaft vollstreckt werden.

5) Gelegenheits-Verbrecher und Verbrecher, welche im Affecte gesündigt haben, sind in besonderen Anstalten mit Collectivhaft unterzubringen, ebenso wiederholt rückfällige Gesetzesübertreter, welche sich als unverbesserlich zeigen.

6) Eine ausreichende Beaufsichtigung des professionellen Verbrecherthums ist nur durch die allerstrengste Aufenthaltsbeschränkung zu ermöglichen. Der mit der Confination verbundenen Verpflichtung der Unterhaltung und der Beschäf-

tigung der Observaten wird am vollständigsten und mit den verhältnissmässig billigsten Mitteln durch Einrichtung von staatlichen Arbeitshäusern genügt, in welche unheilbare Gewohnheits-Verbrecher, gegen welche ein auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht lautendes richterliches Urtheil vorliegt, nach erstandener Strafe bis zu eintretender bürgerlicher Besserung derselben eingesprochen werden sollen.

XXI.

Aber selbst dann, wenn alle Forderungen erfüllt sein werden, welche nach dem dermaligen Stande der Gefängniss-Kunde billiger Weise an den Strafvollzug gestellt werden können, so werden die Strafhäuser nichts desto weniger noch immer mit einem hohen Procentsatze von Rückfälligen zu rechnen haben. Man darf sich darüber keiner Täuschung hingeben, dass die Strafanstalten, seien sie auch noch so vorzüglich eingerichtet, jemals von anderen Instituten, welche zur Heilung menschlicher Leiden und Gebrechen bestimmt sind, durch ganz besonders günstige Erfolge sich auszeichnen werden. Menschliches Wissen und menschliche Kunst sehen sich in Straf-Anstalten ebenso wie in Spitälern und Irrenhäusern auf verhältnissmässig enge Grenzen angewiesen, welche ihnen von der Natur gesteckt sind, und welche sie nie überschreiten werden. Der Kampf gegen die gefährlichsten Feinde der Rechtsordnung — Mangel an Verstand, Armuth und Mangel an Bildung — wird nie zu Ende geführt werden; er wird erst mit der Menschheit selbst enden. Aber immerhin wird der Gesellschaft ein unschätzbarer Segen daraus erfließen, wenn wir einmal mit Ernst an das nur allzu lange verzögerte Werk gehen werden, unsere staatlich organisirten Verbrecher-Schulen in Anstalten für Zucht und gute Sitte umzuwandeln.

Wir verkennen keineswegs die Verpflichtung der Lan-

desvertretungen, die Grösse der Geldopfer zu erwägen, welche die Errichtung von Zellengefängnissen, sowie der Neubau und die gründliche Reorganisation der Mehrzahl von Gerichtsgefängnissen einem Lande auferlegt. Angesichts der notorischen Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen zur Heilung moralischer Krankheiten und Gebrechen und Angesichts ihrer nachgewiesenen Reformbedürftigkeit darf jedoch den finanziellen Bedenken nicht ferner mehr Gehör geschenkt werden. Würde nicht das Land selbst auf die ihm vorgelegte Frage, ob es, wie bisher, die Hunderttausende jährlich zur systematischen Ausbildung der Verbrecher oder lieber die doppelte und dreifache Summe zur allmäligen Bekämpfung des Verbrecherthums ausgegeben haben wolle, ohne vieles Bedenken für die grössere Ausgabe sich entscheiden?

„Wollen ist Können“. „Wo der Wille ist, findet sich auch der Weg.“ Die Wahrheit dieser Sprüche beweist das Beispiel Belgiens, welches Land innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren eine durchgreifende Reform des gesamten Gefängnisswesens durchgeführt hat und für sein rationelles und energisches Handeln mit dem beneidenswerthen Erfolge gelohnt wurde, dass die Durchschnittszahl der Gefangenen von 1859 bis 1869 um ungefähr 22 pCt. sich gemindert hat, obgleich in demselben Zeitraum die Bevölkerung des Landes um $7\frac{1}{2}$ pCt. gewachsen ist.

Die bis in die letzten Jahrzehnten hineinreichende Vernachlässigung des Strafvollzuges in der Mehrzahl der deutschen Staaten macht ein Nachholen des lang Versäumten zu einer dringenden Pflicht. Wir haben eine Schuld zu tilgen, welche unsere Eltern und zum Theil wir selbst abzutragen zu lange gezögert haben. Hüten wir uns, dass wir nicht durch übelangebrachte Sparsamkeit oder durch andere nicht zeitgemässe Erwägungen uns dem Vorwurfe späterer Generationen aussetzen, eines der wichtigsten Staats-Interessen, die Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft im Innern, engherzig vernachlässigt zu haben!

Verlag von Georg Weiss in Heidelberg:

Einzelnhaf

in

Bayern

VON **E. Siehart.**

1875. — 1 M. 20 s.

Deutsches Lesebuch für Schule und Haus.

Zusammengestellt von

Theodor Herrmann, Strafanstaltslehrer in Bruchsal.

33½ Bogen. 3 Mark 50 Pfennige.

Da es an einem geeigneten Lesebuch für **Strafanstalts-
schulen** fehlte, was von vielen Seiten als ein Mangel empfunden wurde, so hat sich der Verfasser, dem eine reiche Erfahrung zur Seite steht, auf mehrfache Aufforderung hin zur Herausgabe des vorliegenden entschlossen, welches eigens für Strafanstalten bestimmt ist. Wenn dies auf dem Titelblatt nicht besonders bemerkt ist, so geschah es lediglich aus dem Grunde, um bei den Gefangenen nicht von vornherein eine Abneigung gegen den Gebrauch desselben zu erwecken.

Als Empfehlung mögen die nachfolgenden Aeusserungen kompetenter Fachmänner dienen:

Herr Geheimerath Ekert recensirt in Heft 5 des 12. Bandes der Blätter für Gefängnisskunde folgendermassen: „Wir besitzen in demselben endlich ein Lesebuch, das wir für Strafanstalten nur empfehlen können.“

Und der Vorstand des Landesgefängnisses in Bruchsal, Herr Löhlein, schreibt dem Verfasser:

„—Was aber auf dem Titelblatt anzudeuten unterlassen worden ist, das darf ihm auch nachgerühmt werden: es eignet sich trefflich als Lesebuch für Strafanstalten. Es hat sowohl als Vorlesebuch wie als Lesebuch in unserer Strafanstalt glänzend die Probe bestanden und ist eines unserer begehrtesten Bücher.“

Sichart, Ernst,

Über Rückfälligkeit der Verbrecher und über die Mittel zu deren Bekämpfung
Ansichten u. Erfahrungen eines Praktikers über Strafgesetzgebung,
Strafrechtspflege und Strafvollzug

Heidelberg 1881

Pol.civ. 138 rm

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11884192-0